

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

ARBEITER, UNTERNEHMER UND BAUERN IM WIDERSTAND:
Bundesweiter Demonstrationskalender © Seite 6



Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 164, Samstag, 24. Februar 2024 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an Sodenkamp & Lenz · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Russell Brand

JOURNALISTEN IM KAMPF FÜR AUFKLÄRUNG UND FRIEDEN



28. MÄRZ

Mutige Demokraten: Die DW-Herausgeber Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz sowie Julian Assange und Publizist Peter Hahne (v.l.)

Fotografie: DW/Feuerstacks/Alamy

Schon George Orwell wusste: »Journalismus ist, zu drucken, was andere nicht gedruckt haben wollen. Alles andere ist Propaganda.« Letzteres übernehmen ÖRR und Konzernmedien als Sprachorgan eines zunehmend totalitär agierenden Regimes. Nur gut, dass es noch Journalisten gibt, die nicht nur ihren Job machen, sondern sich für diesen – in Anbetracht der zunehmenden Repressalien – sogar aufopfern.

Ob Spritzenmorde, Kriegstreiberei, Klimälüge: Diese Zeitung, der *Demokratische*

Widerstand, mit ihren Herausgebern Anselm Lenz und Hendrik Sodenkamp an der Spitze, steht seit ihrer ersten Ausgabe (17. April 2020) für schonungslose Aufklärung.

Derweil wird WikiLeaks-Gründer Julian Assange seit 14 Jahren ohne Urteil seiner Freiheit beraubt, weil er US-Kriegsverbrechen aufgedeckt hat. Seit fünf Jahren sitzt er in Folterhaft im britischen Hochsicherheitsknast Belmarsh und kämpft gegen seine Auslieferung an die USA (Seiten 2, 7, 11). Ein weiterer Journalist, der sich nie scheut, Klartext zu reden, ist ZDF-Legende Peter

Hahne – so einmal mehr auch im nachfolgenden Interview ...

DW: Herr Hahne, am 29. Februar wird Ihr neues Buch »Ist das euer Ernst?! – Aufstand gegen Idiotie und Ideologie« veröffentlicht. Darin haufen Sie mächtig auf die Pauke. Haben Sie keine Angst vor Diffamierung?

Peter Hahne: Na ja, die Hauptdiffamierung ist ja inzwischen ein Ehrentitel: umstritten oder rechtsradikal. Einige, denen ich das Manuskript vertraulich zeigte, meinten spontan: »So scharf und detailliert warst

du noch nie, da kommt Schlimmes auf dich zu.« Das Schlimme (lacht): amazon führte das Buch in der Kategorie »Deutsche Politik« bereits Wochen vor dem Erscheinen auf Platz eins, so oft wurde es vorbestellt. Vieles aus dem Buch hat sich inzwischen bestätigt durch neue Fakten, zum Beispiel darf man den Vettern-Wirtschaftsminister Habeck laut einem Hamburger Gericht »Vollidiot« nennen. Ich spreche harmlos von »Idiot« (lacht). Je mehr das Buch kaufen, verteilen und verschenken, desto weniger wird man darin schwärzen.

© Fortsetzung Seiten 12 und 13

2 DIE KÄMPFERIN
Preis der Republik
für
Stella Assange

5 STRAFE STATT PREIS
Jura-Professor
Martin Schwab
zum Skandalurteil

11 KRIEGSBRAUT
Nawalny-Gattin
trommelt zum
Angriff

15 UNVERGESSEN
Weltmeister Berthold
zum Tod von
Andreas Brehme

NICHTOHNEUNS.DE

INHALT DW164

- Mut-Journalisten: Der Wahrheit verpflichtet, Seite 1
- Stella Assange wird Preisträgerin, Seite 2
- Dr. Werner Köhne: »Gegen rechts« statt Klassenkampf?, Seite 2
- Wien beendet Corona-Lüge, Seite 3
- Werte-Union ohne Krall und Otte, Seite 4
- Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick, Seiten 4, 5
- Prof. Martin Schwab: Bewährungsstrafe für Dr. Jiang, Seite 5
- Demonstrationskalender, Montagsspaziergänge, Medienwachen, Seite 6
- Polizisten für Aufklärung: Danke, Karl Hiltz, Seite 6
- Die letzte Chance: Gerichtsverfahren gegen Assange, Seite 7
- Russell Brand: »Moral oder Heuchelei?«, Seite 8
- DW-Verteiler werden, Seite 8
- Bestandsaufnahme, Leserbriefe, Online-Hinweise, Seite 8
- Es wird wieder geboostert, Seite 9
- Ernst Wolff: Durch die Hintertür, Seite 10
- Motor Mittelstand: Naiv, unfähig oder vorsätzlich?, Seite 10
- Rüstungs-»Messias«: Nawalny-Witwe trommelt zum Angriff, Seite 11
- ZDF-Legende Peter Hahne im großen DW-Interview, Seiten 1, 12, 13
- Das Letzte – von Anselm Lenz, Seite 13
- SZ-Journalistin: Packt sie jetzt aus?, Seite 14
- Veranstaltungskalender, Seite 14
- Prof. Michael Meyen: Kaiser TV gedruckt, Seite 15
- Christen im Widerstand: Der christliche Glaube, Seite 15
- Sport mit Berthold: Abschied von Andreas Brehme, Seite 15
- DW-Buchempfehlungen, Seite 15
- Grundgesetz und DW-Coupon, Seite 16

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 164. Ausgabe ab Samstag, 24. Februar 2024. | Redaktionsschluss war am 22. Februar. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden:** Felix Feistel (LtG.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. Vi.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen:** De Andere Krant, Amsterdam. **UFP** United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Russell Brand, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S *M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnewährend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1.** Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2.** Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3.** Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4.** Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5.** Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Wir

Ja!

Republik,
Gewaltenteilung,
Demokratie

Sie kämpft
auch für Dich

Der Preis der Republik geht an Stella Assange.
LAUDATIO von Anselm Lenz

Stella Assange ist eine Wahrheits- und Friedenskämpferin! In London setzt sich die Anwältin für die Freilassung eines Journalisten aus den Fängen des angloamerikanischen Faschismus ein.

Die Anwältin Stella Assange, geborene Sara González Davant, die 1983 in Südafrika zur Welt kam, hat die Nationalitäten ihrer Eltern, einem schwedischen Theaterdramaturgen und einer spanischen Architektin. Im Jahr 2011 kam Stella Assange in das Anwaltsteam zur Verteidigung ihres späteren Ehemannes Julian. Damals war es noch darum gegangen, die Auslieferung des Journalisten Julian Assange von Schweden an die Amerikaner zu verhindern. Assange war von zwei Frauen mit despektierlichen Sex-Stories angeklagt worden.

Der Hintergrund: Der Journalist hatte ab dem Jahr 2010 daran mitgewirkt, Kriegsverbrechen der USA und Englands während deren völkerrechtswidrigem Aggressionskrieg gegen die Republik Irak zu

veröffentlichen. International bekannt geworden ist das Video »Collateral Murder« (etwa: »Kriegsschaden-Mord«), bei dem zu sehen ist, wie US-Hubschrauberpiloten Journalisten, Zivilisten, Frauen und Kinder aus der Luft gezielt ermorden. Julian Assange hat diese Wahrheit nur veröffentlicht.

Zusammen mit Künstlern, Intellektuellen und Demonstranten steht Stella Assange für den berühmtesten Enthüllungsjournalisten der Gegenwart ein. Schon zu vergleichsweise jungen Lebzeiten sind beide Assanges Idole der Jugend der Welt. Und mehr noch: 2017 und 2019, während die Assanges sich in der ecuadorianischen Botschaft in London vor dem angloamerikanischen Faschismus verstecken mussten, wurden ihre beiden Kinder geboren.

Stella Assange ist also Mutter, Kämpferin für den Vater ihrer Kinder – und letztlich für alle Journalisten und Aufklärer weltweit. DW gratuliert zum derzeit anerkanntesten Öffentlichkeitspreis aus Deutschland, dem Preis der Republik!

Martin Kugelman, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérat, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Rio Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöffbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Gansev, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ise Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schenk, Prof. Dr. Dr. Christian Schubert, Artur Helios, Jürgen Flieger, Mahnwache Bautzen, Collateral, Helge Spunkl, Milena Preradovic, Jürgen Elsässer, Stefan Homburg, Olli L., Martin Michaelis, Anthony Lee, Claus Weselsky, Martin Müller-Mertens, Ralf Tillenburg.

Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

»Gegen rechts«
statt Klassenkampf?

EINWURF von Werner Köhne

Was wir zur Zeit erleben, ist die Zerstörung des Politischen zugunsten einer blindwütigen Psychologisierung aller Verhältnisse.

Sie reicht inzwischen soweit, dass die immer noch wirksamen Konturen der Klassengesellschaft außer Kraft gesetzt scheinen. Man übersieht sie schlicht. Der »Kampf gegen rechts« bietet hierzu ein gutes Beispiel. Da versammelt sich eine Schar von guten Menschen auf den Straßen der Republik, ausgestattet mit Empfindsamkeit und heiligem Zorn und bringt sich gegen ein Phantom namens »Die Rechte« in Stellung, während gleichzeitig die politische Aktion der Bauern in den Hintergrund gedrängt wird.

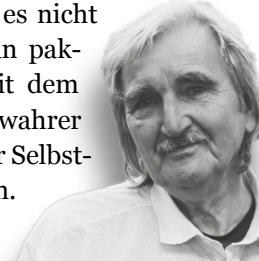
So funktioniert heute Politik als Paralyse des Politischen. Es ist ein düsteres letztes Kapitel in einem Roman, der wohl schon in den 70er-Jahren begann. Damals setzte ein Prozess ein, in dem die linksalternative Bewegung nach dem kurzen Auftritt der Achtundsechziger für eine Erdung der zu theorielastigen Utopie eintrat; dabei jedoch in kürzester Zeit ein Milieu kreierte, worin Subjektivismus, Simulation und politische Beliebigkeit vorherrschten.

Dieses Milieu nährte sich aus Szenarien wie dem folgenden: Da treffen sich zu Ende der 70er-Jahre in einer Kreuzberger Spelunke ein promovierter Taxifahrer, ein schüchterner Erbe aus Tübingen und ein ehemaliger Maoist, der es in kürzester Zeit zum millionenschweren Kneipier gebracht hatte. Alles *easy* bei den dreien, alles cool: Man trug dieselben Jeans und vertrat dieselben Ansichten, hörte dieselbe Musik, die alles an gesellschaftlichen Unterschieden wegwischte.

Kurz: Man schwor sich ein in die Lüge einer gemeinschaftlich zu teilenden Welt, die ihr Fundament allerdings in einer psychologischen Gleichschaltung besaß.

In Folge dieser Transformation in den *Life-style* legte man sich ein ethisch aufgejazztes Meinungs- und Gefühlsgebaren zu, in dem auch der *Blues* eines Udo Lindenberg seinen Platz fand. Politisch indes tendierte das Ganze gegen Null.

Der Kampf »gegen rechts«: Der Slogan verbindet die Altvorderen der Siebziger mit den Nachgeborenen von heute; beide sehen sich gut positioniert in einer Erregungskultur mit Wohlfühlfaktor. Dabei beziehen die Marschierer für die gute Sache heute ihre Ressourcen nicht länger aus der Subkultur – die gibt es nicht mehr –, sondern man paktiert unverhohlen mit dem »System«. Ein wahrer Quantensprung in der Selbstzerstörung der Linken.



DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

• 49 (0)162 / 63 60 112

WIEN BEENDET CORONA-LÜGE

Skandal in Wien: Propaganda versucht erneut Unterdrückung der Wahrheit über den Spritzengenozid | Von Anselm Lenz

»W^eisungsfrei im Dienste unserer Patientinnen und Patienten!« ist die Losung der Liste Freier Ärzte (LFÄ), sowie »Diagnosestellung und Therapievorschreibungen sind ausschließlich ärztliche Tätigkeiten«. Selbstverständlichkeiten?

Am 21. Februar hatte die LFÄ eine zentrale Veranstaltung im angemieteten Wiener Konzerthaus durchführen wollen – doch es kam anders. Auf massiven polit-propagandistischen Druck nahm das Konzerthaus den Vertrag zurück, behielt aber bislang rund 13.000 Euro der angezahlten Saalmiete für sich. Eine unrühmliche Rolle spielt in dem Zusammenhang das flächendeckend verbreitete Wiener »Käseblatt« *Mein Bezirk*, das ein Interview mit der LFÄ verfälschte. DW druckt das Interview der LFÄ in #DW164 ab (sinnwährend für dieses Ressort gekürzt). Die Veranstaltungen fanden unter anderem mit dem Aufklärer und *Preisträger der Republik* Dr. Wolfgang Wodarg am Donnerstag in den Wiener Sophiensälen und am Freitag statt.

Zeitung »Mein Bezirk«: Was sind die Grundaussagen der Veranstaltung »Nie wieder Pandemie« und wie sind Sie in die Planung und Ausführung involviert?

Liste Freier ÄrztInnen Kärnten (LFÄ): Öffentlich zugängliche Statistiken und mittlerweile auch wissenschaftliche Publikationen zeigen Hinweise auf erhöhte Mortalitätszahlen weltweit während der Pandemiejahre, die einer Interpretation bedürfen, da sie nicht einfach mit der Gefährlichkeit des Virus erklärt werden können. Es liegt zumindest der Verdacht nahe, dass die Summe der Maßnahmen dabei eine Rolle spielt, etwa weil diese maßgeblich zu einer Beeinträchtigung der gesamten

medizinischen Versorgung geführt haben könnten. Denkbar ist jedoch auch, dass einzelne Maßnahmen dazu geführt haben könnten. (...)

Notwendig ist offener wissenschaftlicher Diskurs, der auch abweichende Fachexpertisen zu einer offiziellen Darstellung zulässt. Die wissenschaftlich fundierte Äußerung einer solchen sollte in einer freien pluralistischen Gesellschaft nicht nur möglich sein, sondern erscheint bei steigenden Mortalitätsraten gerade der jüngeren Bevölkerung dringend angeraten. Ohne ehrlichen Rückblick und Analyse der Maßnahmen werden wir nicht nur Fehlalarme nicht vermeiden können, sondern auch Fehlentwicklungen der Pharmaindustrie nicht aufhalten können. Schließlich können nur wir Ärztinnen und Ärzte, die eigenverantwortlich am Patienten arbeiten, solche erkennen.

MB: Lag es in Ihrer Absicht, die Natur der Veranstaltung vage zu halten?

LFÄ: Wir sind eine Gruppe hochkarätiger Ärztinnen und Ärzte, demokratisch legitimiert in Ärztekammern und in ganz Österreich tätig, die für eine Veranstaltung den Konzerthausaal gemietet haben und entgegen jeglichen seriösen Geschäftsgebarens hinauskatapultiert wurden. Die Information dazu erhielten wir vom Anwalt der Konzerthausgesellschaft zeitgleich mit der Veröffentlichung in »Heute«. Vorausgegangen war eine Verleumdungskampagne über Twitter/X und »Mein Bezirk«. Prinzipiell ist es unüblich, den Vermieter eines Festsaals um Erlaubnis zu fragen, wen wir gedenken, als Redner oder als Gast einzuladen. Der Abend ist tatsächlich eine festliche Auftaktveranstaltung zum Ersten Wiener Gesundheitstag, der am Donnerstag darauf, also einen Tag später am 22. Februar im Billrothhaus stattfindet. (...)



Hundert^e Ärztinnen und Ärzte schlossen sich bereits der »Liste Freier Ärztinnen und Ärzte« an. Bildausschnitt: LFÄ.com

MB: Dr. Wolfgang Wodarg ist einer der geladenen Redner bei der Veranstaltung. Ihm werden von namhaften Medien die Verbreitung von Fehlinformationen zur Covid-Pandemie vorgeworfen. Wie stehen Sie zu diesen Vorwürfen? Vertreten Sie die Meinung von Dr. Wolfgang Wodarg zur Covid-Pandemie?

LFÄ: Herr Dr. Wodarg ist ein hochgeschätzter Gesundheitspolitiker und Lungenfacharzt. Er hat in seiner damaligen politischen Funktion als Gesundheitssprecher und Bundestagsabgeordneter der SPD in Deutschland wesentlich dazu beigetragen, dass Missstände im Rahmen der Schweinegrippepandemie aufgeklärt werden konnten und erscheint uns daher in einer Aufarbeitung der aktuell vergangenen Coronapandemie als höchst kompetent. (...) Freie Meinungsäußerung sehen wir als unumstößliches Grundrecht in einer freien Gesellschaft. (...) Wenn unseren Patientinnen und Patienten möglicherweise Schaden zugefügt wird, dann können und dürfen wir als Ärztinnen und Ärzte nicht schweigend zusehen. (LFÄ/DW)

MELDUNG

FRANKREICH: MRNA-KRITIK
KÜNFTIG STRAFBAR

Paris/DW. Ohne große Aufmerksamkeit wurde Mitte Februar in Frankreich ein Gesetz verabschiedet, das Kritik an den mRNA-Stoffen künftig unter Strafe stellen kann. Dies berichtet der Blog *tkp.at*. Wer demnach von mRNA oder anderen »medizinischen Behandlungen« abrät, die »nach dem Stand der medizinischen Kenntnisse offensichtlich geeignet« zur Behandlung sind, dem drohen in Frankreich bis zu drei Jahre Gefängnis oder eine Geldstrafe von bis zu 45.000 Euro. (kmü)

VERFRÜHTE PUBERTÄT
WEGEN CORONA?

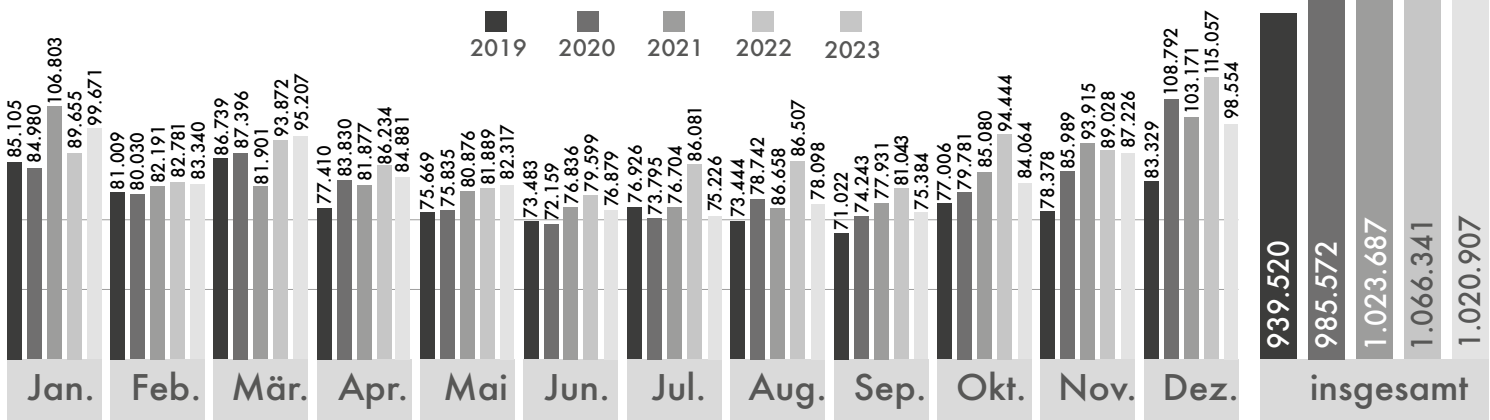
Bonn/DW. Laut einer aktuellen Studie soll die sogenannte Corona-Pandemie verantwortlich dafür sein, dass Jugendliche immer früher in die Pubertät kommen. Diese trete bei Jungen vor dem neunten und bei Mädchen vor dem achten Lebensjahr auf. Professorin Bettin Gohlke, Expertin für Kinderhormone, Leiterin des Zentrums für Kinderheilkunde am Universitätsklinikum Bonn und dieser Studie, erklärte gegenüber *Bild*: »Es wurden 20 bis 30 Prozent mehr Fälle verfrühter Pubertät erfasst.« Das Phänomen sei weltweit zu beobachten. (kmü)

AKTUELLE
GESUNDHEITSDATEN

Amsterdam/DW. Bei der Europäischen Arzneimittelagentur EMA wurden bislang 28.746 Todesfälle im Zusammenhang mit den Coronaspritzen gemeldet. Außerdem wurden 663.821 schwerwiegende Nebenwirkungen wie Koma, Lähmungen und Herzinfarkt angezeigt. Kinder sind mit 16.268 schwerwiegenden Verletzungen betroffen. Experten gehen von einer massiven Untererfassung der Schäden aus. Eine systematisch Untersuchung dieser Fälle findet nicht statt. Bislang reichten zehn Todesverdachtsfälle aus, um ein Medikament vom Markt zu nehmen. Diese Zahl war in Deutschland innerhalb einer Woche nach Impfstart erreicht worden. (hes)

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

Werte-Union ohne Krall und Otte

Drei Tage nach Parteigründung verließen zwei »Zugpferde« die CDU-Auskopplung | Von Anselm Lenz

Auf einem Rheindampfer feierte man am Samstag noch die Parteigründung. Doch Maaßen, Krall und Otte – die drei Frontmänner der Werte-Union – trennten sich bereits drei Tage später. Zwei gehen nun wohl zur AfD.

Der Rhein bei Remagen am Sonabend: Die Rheinische Republik, die guten Seiten der BRD in ihren Jahrzehnten vom ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer bis Helmut Kohl (1982 - 1998) sollten schon in der Wahl des Ortes für Gründungsakt und Pressekonferenz aufscheinen. Die »Bonner Republik« ’49 bis ’89 war die wirtschaftlich und sozial – trotz aller Widersprüche – wohl erfolgreichste Periode in deutschen Landen. So will man wieder »frisch, fromm, fröhlich, frei« den Rhein schippern!

Vom »Wirtschaftswunder« bis zur »Wiedervereinigung« hatte die BRD sich als gemäßigter, sozialer, freiheitlicher und friedlicher Bundesstaat bewährt gemacht, Ansehen im In- und Ausland teils wiederhergestellt. Das nimmt sich die Werte-Union zum Vorbild: Eine »national-liberal-konservative« und »christliche« Partei, solle die Werte-Union sein, also das brüskierte Mitglieder- und Wählerpotential von CDU und CSU ausschöpfen, dass sich seit der Kanzlerschaft Angela Merkels ab 2005 zunehmend verraten sieht, aber nicht zur AfD gewechselt ist.

»Parteichef Maaßen beklagt gegenüber der JF ein »Ultimatum«, so die inhabergeführte Wochenzeitung Junge Freiheit. Es muss wohl auch darum gegangen sein, dass dem Finanzprofi Max Otte, populärer Buchautor und Mitgründer des Vorläufervers Vereins WerteUnion e.V., kein Sitz im Bundesvorstand

der Partei eingeräumt worden war – auf Betreiben Maaßens. Maaßen monierte »Maß und Mitte« bei dem Gebaren seiner neuen Parteikollegen, die seit Jahren starke Anhängerschaften aufbauen und in die Berufspolitik drängen.

Auch dem Edelmetall-Profi Markus Krall war wohl keine Spitzenkandidatur für die Wahlen 2024 und 25 eingeräumt worden (Sachsen, Thüringen, Brandenburg, 2025 dann die Bundestagswahl; an der EU-Wahl wolle die WU nicht teilnehmen, hieß es am Samstag). Krall hatte öffentlich spekuliert, sich etwa in der Position des Bundeswirtschaftsministers zu sehen: »Ich werde dann genau das machen, was Ludwig Erhard gemacht hat«. Erhard, der CDU-Wirtschaftsminister von 1949 bis 1963, gilt quasi als Allegorie des »Wirtschaftswunders« in der BRD nach den Weltkriegen, zusammen mit dem Volkswirtschaftler und Leiter der Grundsatzabteilung Alfred Müller-Armack zudem als Begründer der »Sozialen Marktwirtschaft«.

WIE ERHARD UND MÜLLER-ARMACK

Es wird zudem gemutmaßt, dass Maaßen Absprachen mit seiner Herkunftspartei CDU getroffen haben könnte. Laut dem Magazin *Compact* wurde bekannt, dass ein WU-Vorstandsmitglied sich noch in jüngster Vergangenheit harsch für eine »Brandmauer« gegen die erste CDU-CSU-Auskopplung, die AfD, ausgesprochen hatte. Auch das frühere CDU-Aushängeschild, der ehemalige Chef des BRD-Inlandsgeheimdienstes (»Verfassungsschutz«) Maaßen ließ zuletzt verlautbaren, sein »Premiumpartner« für Regierungskoalitionen sei – die CDU. Und damit die gerade eben



V.l.n.r.: Der ehemalige Degussa-Sprecher Markus Krall, der frühere Inlandsgeheimdienstchef Hans-Georg Maaßen und der frühere Fondsmanager Max Otte. Foto: Junge Freiheit / DW-Bildschirmfoto

verlassene Partei. Am Dienstag verkündeten Otte und Krall zeitgleich über die Online-Kurzbrief-Plattform X-Twitter ihren jähen Abschied.

Otte gab als Begründung dafür an: »Die Aussagen aus den Reihen der WerteUnion lassen zweifeln, dass die Partei geeignet ist, die Politikwende in Deutschland mitzugestalten. Sie deuten stattdessen auf erhebliche politische Fehleinschätzungen und Selbstüberschätzung hin.« Bereits Sahra Wagenknecht und deren Ehemann Oskar Lafontaine hatten kurz nach Parteigründung des BSW, der neuen Linkspartei-Linksliberal-WASG-SPD-KPD-Sammelungsgründung, die »Brandmauer« zur AfD betont. Das deutet strukturell auf eine Art angepeilte »Wiedervereinigung« der »Mutterparteien« hin, jedenfalls nicht auf einen Politikwechsel. Gemutmaßt wird, dass Politiker wie Maaßen und Wagenknecht Hinweise bekommen (oder

schlichtweg aus Erfahrung im Apparat wissen), dass die BRD nicht voll souverän ist und sich nicht auf dem Wege der Partei- und Kandidatenwahlen für oder gegen Grundsatzangelegenheiten aussprechen darf – wenn es etwa um die Nato-Mitgliedschaft oder die EU geht.

Auch möglich: Eine harte Ansage des »Tiefen Staates« läuft darauf hinaus, den Ex-Präsidenten Donald Trump in den USA und die Partei AfD in der BRD mit allen Mitteln zu verhindern. Also im Fall der Fälle etwa »den Bundestag zu schließen«, wie »Insider« gegenüber DW andeuteten. DW kann die Trifftigkeit solcher »Expertisen« nicht prüfen, aber die Ähnlichkeit der Vorgänge kann auf solche Methoden hindeuten. Krall und Otte machten mit ihrem abrisssbirnenhaften Von-Bord-Gehen kurz nach der WU-Butterfahrt auf dem Rhein klar, dass sie sich ernstnehmen. Ob man das nun gutheißen will oder nicht.

Jetzt sind auch schon Waldspaziergänge und das ZDF rechtsradikal

Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, die Zustände in der Freiluftpsychiatrie Deutschland werden immer verrückter: Die SPD fordert laut Apollo-News noch höhere Entwicklungshilfen als ohnehin schon, der Kanzler »dringend weitere Zuwanderer«. Klar, nur her mit den Raketenwissenschaftlern!

Wie das Nachrichtenportal außerdem berichtet, könnte die grüne Partei mit einer Reformierung des Bundeswaldgesetzes »das Spaziergehen oder Fahrradfahren in Deutschlands Wäldern künftig einschränken, möglicherweise sogar kriminalisieren«. Ist sicher wieder eine Maßnahme gegen den Klimawandel oder gegen rechts – oder gegen beides? Aber will man das überhaupt so genau wissen? Ein privates Gutachten stuft die Pläne zwar als verfassungswidrig ein, doch was heißt das schon in diesen Zeiten? Vielmehr darf man sich fragen: Was kommt als Nächstes? Vielleicht eine Ausgangssperre? Ach nein, hatten wir ja schon. Wir befinden uns eben auf



Ein Nazi inmitten der Natur? Nach Plänen der Grünen soll das Spaziergehen im Wald künftig kriminalisiert werden. Wird aber auch Zeit. Foto: Commons.

einem Niveau des Wahnsinns, das kaum noch Steigerungspotenzial bietet.

Witzig ist aber, dass nun sogar die Öffentlich-Rechtlichen aus Sicht der Bündnisgrünen rechtsradikal sind. Grund: Moderatorin Andrea Maurer kritisierte in *Berlin direkt* Insolvenzminister Robert Habeck. Durfte die das überhaupt? Es war ihre erste

Sendung. Vermutlich ist die gute Frau vom ZDF noch nicht »auf Linie« gebracht worden. Schon erstaunlich, dass sie überhaupt »u m p r o g r a m m i e r t« werden muss. Wer hat die bloß eingestellt? Bei ihrer Premiere ließ sie es richtig krachen. »Es ist wohl eine besondere Pointe, dass Deutschland aktuell über europäische Atombomben diskutiert, während das gleiche Deutschland als einziges europäisches Land mitten in der Energiekrise aus der Atomenergie ausgestiegen ist«, erklärte Maurer in ihrer Moderation. Ja, so sind die Grünen nun mal. Atomstrom? Nein, danke. Atombombe? Oh, ja! Maurer ergänzte: »Das Atom-Aus ist auch ein Grund, warum sich die

Lage der deutschen Wirtschaft verschärft hat, warum der Wohlstand schwindet und die Wut auf den grünen Wirtschaftsminister wächst.« Das hat gegessen, war aber noch nicht alles. Maurer legte nach: »Wenn Robert Habeck jetzt also warnt, dass sich die Wirtschaft dramatisch schlecht entwickelt, dann warnt er in den Ohren vieler Unternehmen auch vor sich selbst.« Mal keine linke Propaganda im ZDF, sondern ausnahmsweise die nackte Wahrheit. Da möchte ich an dieser Stelle auf das Interview mit Peter Hahne (S. 1, 12/13) verweisen, der erklärt: »Die Brandstifter gebärden sich jetzt als Feuerlöscher.« Ja, erst das Land selbst abwracken, dann vor den Folgen warnen! Das ist dummdreist, würden Rechtsradikale sagen.

Die grüne Sekte ist nun völlig außer sich vor Wut. Einen derartigen Affront von den eigenen Hofberichterstatern – damit hatten sie nicht gerechnet. Von »Desinformationsmüll« und »Habeck-Bashing« ist die Rede.

Fortsetzung von Seite 4

Grünen-Politiker Ulrich Steinbach schreibt bei X von einem »politischen Framing«, das zudem rechts sei. Klar, was sonst? Schauen wir mal, wie lange Frau Maurer noch fürs *ZDF* arbeiten darf – oder möchte. Würde mich nicht wundern, wenn die Kollegen sie bereits heftig mobben. Man stelle sich nur vor, sie läuft in der *ZDF*-Kantine diesem Böhmermann, der jetzt bekanntlich »Nazis keulen« will, über den Weg. Ob er dann mit dem Keulen vielleicht spontan bei ihr anfängt? Frauen sind ja für ihn, wie er einst erklärte, ohnehin nur »Scheißhaufen«.

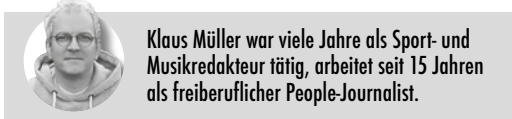
Die Grünen haben es derzeit wahrlich nicht leicht, denn auch ihr Wärmepumpen-Plan geht nicht auf – oder besser gesagt: sogar nach hinten los. Mit seinem Heizgesetz hat Habeck nämlich, wie die *Welt* berichtet, einen *Boom* bei Öl- und Gasheizungen ausgelöst. Während

Wärmepumpen zu Ladenhütern verkommen – im vergangenen Jahr wurden statt der angepeilten 500.000 nur 356.000 Stück eingebaut – investierten viele Verbraucher lieber in altbewährte Technik: Der Absatz von Gasheizungen legte um 32 Prozent zu, der von Ölheizungen hat sich im Vergleich zu 2022 sogar verdoppelt. Diese bösen rechtsradikalen Heizer! Auf dem Automarkt sieht es ganz ähnlich aus: Der Absatz von E-Autos brach ein, Benziner legten zu (DW berichtete).

Übrigens: Laut einer aktuellen Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung sind nur noch 36 Prozent der Deutschen zufrieden mit der in unserem Land praktizierten Art und Weise von Demokratie. Bei den Grünen sieht es anders aus – von denen sind (noch) 66 Prozent mit der Demokratie zufrieden, sogar 85 Prozent vertrauen dem Bundestag und 82 beziehungsweise 88 Prozent *ARD* und *ZDF*. Wenn die Maurer

allerdings ihr Niveau hält, dürfte zumindest die letzte Zahl bei der nächsten Studie deutlich schrumpfen.

Zum Schluss noch das: Wie *Apollo-News* berichtet, behauptet eine Universitätsklinik in England dass Menschenmilch von Transfrauen dank Hormontherapie genauso gut für Säuglinge geeignet sein soll wie Muttermilch. Vielleicht könnte man(n) es – Vorsicht, Schleichwerbung – ja auch mal mit Müllermilch versuchen. Ach nein, die ist ja, nachdem vor wenigen Wochen bekannt wurde, dass AfD-Chefin Alice Weidel »eine Freundin« von Molkerei-Milliardär Theo Müller ist, auch schon rechtsradikal. Was für ein Dilemma aber auch: Wo man hinschaut, überall sieht man nur noch Rechte ...



ZWEI JAHRE HAFT AUF BEWÄHRUNG FÜR DR. MONIKA JIANG

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Prof. Dr. Martin Schwab

Die deutsche Justiz verfolgt die kritische Ärzteschaft weiterhin erbarungslos. Am 20. Februar 2024 erwischte es die Weinheimer Ärztin Dr. Monika Jiang vor dem Landgericht Mannheim. In einem Prozess, der mit Rechtsstaat nichts zu tun hat.

Schon der Ablauf des Prozesses verhielt nichts Gutes: Wie schon in anderen Corona-Prozessen wurden strenge Sicherheitskontrollen durchgeführt, einschließlich (mit Ausnahme der letzten beiden Verhandlungstage) Scannen der Personalausweise. Auf dass jeder, der den Prozess beobachten wollte, der Verhandlung mit dem mulmigen Gefühl beiwohnen musste, nunmehr als gerichtsbekannter »Querdenker« gelistet zu sein und vielleicht eines Tages selbst in die Fänge einer übergriffigen Staatsgewalt zu geraten.

Die Ermittlungen waren von einer Staatsanwältin zunächst eingestellt worden, weil sie keine Straftat feststellen konnte. Auf Betreiben des Leitenden Oberstaatsanwalts in Karlsruhe waren sie dann wieder aufgegriffen worden. Dieser Leitende Oberstaatsanwalt ist indes zugleich Anwalt der Ärztekammer. Beide Rollen vertragen sich nicht: Kammeranwälte sind Interessenvertreter und bieten keine Gewähr dafür, dass sie der Aufgabe einer objektiven Sachverhaltsermittlung und insbesondere auch der Pflicht aus Paragraph 160 Abs. 2 StPO nachkommen, auch entlastende Umstände zu ermitteln.

Eine der beiden Schöffinnen ist seit Langem bei einem Medizinprodukte-Großhändler beschäftigt, der in der Corona-Zeit mit dem Verkauf von Masken gut verdient hat. Aus deren Sicht musste die Haltung von Monika Jiang zur Maskenpflicht geschäftsschädigend wirken. Der gegen sie gerichtete Befangenheitsantrag wurde jedoch ebenso

abgelehnt wie der Befangenheitsantrag gegen den Vorsitzenden Richter wegen der Anordnung, die Ausweise der Zuschauer zu scannen.

In der Sache wurde Monika Jiang vorgeworfen, in 4.783 Fällen Bescheinigungen mit dem folgenden Wortlaut ausgestellt zu haben: »Hiermit bestätige ich, dass bei oben genannter Person das Tragen eines Mundschutzes aus medizinischen Gründen kontraindiziert ist. Damit ist das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung unzumutbar.«

Diese Bescheinigungen mussten, um eine Strafbarkeit zu begründen, den Tatbestand der folgenden Vorschrift (Paragraph 278 StGB in der Fassung bis zum 24. November 2021) erfüllen: »Ärzte und andere approbierte Medizinalpersonen, welche ein unrichtiges Zeugnis über den Gesundheitszustand eines Menschen zum Gebrauch bei einer Behörde oder Versicherungsgesellschaft wider besseres Wissen ausstellen, werden mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.«

Ein Gesundheitszeugnis lag nach Ansicht des Gerichts vor, weil aus der Sicht des Adressaten bescheinigt werde, dass das Tragen von Masken bei dem betreffenden Patienten körperliche Beschwerden auslöse. Schon das weckt Zweifel: Man konnte diese Formulierung auch als einen allgemeinen Hinweis auf die schädliche Wirkung des Tragens von Masken deuten. Dieses Gesundheitszeugnis ist nach Ansicht des Gerichts »ausgestellt«, sobald es unterschrieben ist.

Die angeblichen Bescheinigungen von Monika Jiang waren freilich nicht als Urkunden in den Prozess eingeführt worden. Dem Gericht genügte es indes, dass die Patienten Geld an Monika Jiang bezahlt hätten und über sie keine Patientenakte vorgefunden worden sei, aus der sich ergebe, dass eine Untersuchung stattgefunden habe. Das Gericht meinte sogar, es sei Monika Jiang völlig gleichgültig gewesen, wie es den Patienten unter der Maske gegangen sei; deren Beschwerden habe sie nur pro forma abgefragt. Diese Feststellung wurde aber bei der Beweiswürdigung durch nichts belegt.

»Unrichtig« ist ein Gesundheitszeugnis nach Ansicht der Rechtsprechung bereits dann, wenn der Arzt den Patienten nicht untersucht habe; denn mit der Ausstellung



Demokratin demonstriert für den Nürnberger Kodex. Weil sich die Ärztin Dr. Monika Jiang an diesen hielt, wurde sie nun verurteilt.
Foto: Georgi Belickin/DW

eines Gesundheitszeugnisses erkläre er, dass eine solche Untersuchung stattgefunden habe.

Das Gericht wies darauf hin, dass die Voraussetzungen einer telemedizinischen Untersuchung hier nicht vorgelegen hätten, begründete dies aber nicht. Dienten die Bescheinigungen »zur Vorlage bei einer Behörde«? Behörden sind, so der BGH (v. 10. Dezember 2022 – 5 StR 283/22, Rn. 32) »nur solche Stellen, welche die vorgelegten Zeugnisse zur Beurteilung des Gesundheitszustands einer Person verwenden.« Das setzt die Fähigkeit der Behörde voraus, den Gesundheitszustand zu beurteilen. Diese Fähigkeit haben aber Polizei, Ordnungsamt und Schulleiter nicht. Schon deshalb sind sie keine »Behörden« im Sinne des Paragraphen 278 StGB. Doch, meint das Gericht: Diese Personen müssten im Einzelfall das Attest prüfen (ja mit welchen Mitteln denn?). Und irgendwann würden die Atteste ja auch Gerichten vorgelegt; diese aber seien nach Paragraph 11 Nr. 7 StGB als Behörden anzusehen. Aber woher, so fragt sich, nehmen die Gerichte das Fachwissen, um die Atteste medizinisch zu bewerten?

Der Vorsitzende Richter warf der Verteidigung vor, sie habe sich selbst dargestellt, den Prozess verschleppt und Gründe für eine Revision gesammelt. Offenbar war er mit der Qualität der Verteidigung überfordert.

MELDUNG

VON DER LEYEN WIRD NICHT NATO-CHEFIN

Brüssel/DW. Ursula von der Leyen wird nun doch nicht NATO-Chefin. Kanzler Olaf Scholz (SPD) soll dies verhindert haben, weil ihm der Kurs der EU-Ratspräsidentin zu russlandfeindlich sei, was sich langfristig als Nachteil erweisen könne. Von der Leyen war Favoritin von US-Außenminister Antony Blinken. Nun gilt der Niederländer Mark Rutte als erster Anwärter auf die Nachfolge des scheidenden NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg. (kmü)

SKANDAL ERSCHÜTTERT VERTEIDIGUNGSMINISTERIUM

Berlin/DW. Einem Bericht der *Bild* zufolge steht das Verteidigungsministerium von Boris Pistorius (SPD) heftig in der Kritik. Bei einem Geschäft mit der Flensburger Waffenschmiede FFG im Sommer 2023 soll es Ungeheimheiten geben. Dabei geht es um 66 »geschützte Infanteriegefechtsfahrzeuge« für die Ukraine, die bislang 48 der Panzerfahrzeuge erhalten habe. Diese sollen für eine Nutzung im Gefecht ungeeignet sein, da sie nicht ausreichend gepanzert sind. Hinzu kommt: Die Fahrzeuge wurden wohl überteuert eingekauft und nicht – wie versprochen – in Deutschland hergestellt, sondern in den Vereinigten Arabischen Emiraten. (kmü)

HAUSDURCHSUCHUNG BEI GRÜNEN-KRITIKER

Miesbach/DW. Unternehmer Michael Much aus Gmund am Tegernsee hatte September 2023 zwei Spott-Plakate vor seiner Haustüre aufgehängt. Auf einem waren unter der Überschrift »Wir machen alles platt« Cem Özdemir mit einer Karotte im Ohr, Ricarda Lang auf einer Dampfwalze, Robert Habeck mit leeren Taschen und Annalena Baerbock als kleines Mädchen zu sehen, auf einem anderen Habeck neben seinem peinlichen Insolvenz-Zitat. Darunter stand die Frage: »Kann er überhaupt bis 3 zählen?« Die Folgen: Am 25. Oktober gab es eine Polizei-Razzia in Muchs Haus, später wurde vom Amtsgericht Miesbach ein Strafbefehl in Höhe von 6.000 Euro erlassen. Es geht um den Tatbestand der Beleidigung gegen Personen des politischen Lebens. Sein Anwalt legte laut *Bild* Einspruch ein. Der Fall wird am 21. März verhandelt. (kmü)

SPARKASSE WOLLTE SPENDE AN AfD VERBIETEN

Roth/DW. Eine Sparkasse in Mittelfranken hat einem Kunden, der per Überweisung der AfD Geld spenden wollte, eine Ermahnung geschickt. Nach heftigem Medienwirbel versuchte sich die Bank rauszureden: Es sei ein Fehler gewesen. Der Sparkassen- und Giroverband stellt klar: »Als öffentlich-rechtliche Kreditinstitute müssen Sparkassen allen gesellschaftlichen Gruppen und Personen, unabhängig von deren politischen Zielen, Zugang zu kreditwirtschaftlichen Leistungen ermöglichen.«

**Leuchtturm
ARD - ORF - SRG**

BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
DRESDEN: Montag 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus
• Rudolf-von-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUE: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING - A: Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau
• Schiffsanlegestelle
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio
• Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
NÜRNBERG: Donnerstag 16.30 • BR Regional • Wallensteinstr.
WIESBADEN: Samstag 13.00 • Wiesb. Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
ZELTWEG - A: Montag 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstr. 16

IMMER MONTAGS!

ALFDORF, 18 Uhr, am Rathaus – ANNABERG, 19 Uhr, am Markt – BAD LOBENSTEIN, 19 Uhr, am Marktplatz – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – COBURG, 18 Uhr, am Rathaus – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus – DOMBÜHL, 18:30 Uhr, am Marktplatz – EICHSTETTEN, 18 Uhr, am Rathaus – ELLWANGEN, 18 Uhr, vor dem Rathaus – FRANKENBERG, 19 Uhr, am Markt – FRICKINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GAMMERTINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus – HAFFKRUG, 18 Uhr, Seebücke – HALBERSTADT, 19 Uhr, am Domplatz – ILLINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – JENA, 19 Uhr, am Holzmarkt – KAUFERING, 18 Uhr, am Bahnhof – KÖNIGSWINTER, 18 Uhr, am Rathaus – LANDSHUT, 18:30 Uhr, am alten Markt – LANGENSELBOLD, 18 Uhr, am Marktplatz – LANGENSTEINBACH, 18 Uhr, am Rathaus – MAMMENDORF, 18 Uhr, am Rathaus – MARQUARTSTEIN, 18 Uhr, am Rathaus – MUNDERKINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – NEUMÜNSTER, 18 Uhr, am Rathaus – OCHSENFURT, 18 Uhr, am Rathaus – OSTERRÖNFELD, 17:30 Uhr, am Bürgerzentrum – PAUNZHAUSEN, 19 Uhr, am Rathaus.

KEINE ANZEIGE! UNSER AUSRÜSTER!

ÜBER 700 MOTIVE!
GEWINNE GEHEN AN DEMOKRATISCHER WIDERSTAND • RUBIKON • APOLUT • WIKILEAKS U.A.

WWW.HARLEKIN.SHOP

DEMOTERMINES DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

| | | |
|-------------------------------|---|-------------------------------------|
| Sa, 24.2.2024 17-20 Uhr | Augsburg, Ladehofstraße | Umzug |
| Sa, 24.2.2024 11-14 Uhr | Celle, Neumarkt | Umzug und Kundgebung |
| Sa, 24.2.2024 15-18 Uhr | Eberbach, Leopoldplatz | Zusammenkunft |
| Sa, 24.2.2024 15-18 Uhr | Frankfurt, Bockenheimer Anlage | Friedensdemo |
| Sa, 24.2.2024 15-16 Uhr | Hamburg, rund um die Binnenalster | Spaziergang |
| Sa, 24.2.2024 14:30-18 Uhr | Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße | Aufzug |
| Sa, 24.2.2024 15-17 Uhr | Krumbach (Schwaben), Stadgarten | Spaziergang |
| Sa, 24.2.2024 16-19 Uhr | Salzweil, Rathausumplatz | Spaziergang |
| So, 25.2.2024 14:30-17 Uhr | Köln, Heumarkt | Kundgebung |
| Mo, 26.2.2024 19:20:30 Uhr | Aachen, Rathaus Markt | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 19:20:30 Uhr | Amberg, Am Markt | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | Anger/Oberbayern, Dorfplatz7.20 | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de) | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 19:21 Uhr | Bad Bergzabern, am Schloss | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:21 Uhr | Bad Homburg, Rathausvorplatz | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | Bad Honnef/NRW, Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | Bad Reichenhall, am Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:19 Uhr | Balingen, Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:21 Uhr | Bautzen, Kornmarkt | Mahnwache |
| Mo, 26.2.2024 19:20 Uhr | Bayern, Florian-Geyer-Brücke | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 19:20:30 Uhr | Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 19:21 Uhr | Belgern/Sachsen, Markt | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:30:21 Uhr | Berlin-Karlsborst, Treskow Apotheke | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 12:14 Uhr | Berlin-Wedding, Nordufer 20 | Mahnwache |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | Bernau, Rathaus | Demoaufzug |
| Mo, 26.2.2024 18:30:21 Uhr | Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Brandhausstr. | Aufzug mit Abschlusskundgebung |
| Mo, 26.2.2024 16:18 Uhr | Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz | Schilderdemo |
| Mo, 26.2.2024 19:21 Uhr | Cottbus, Oberkirche | Lichterspaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:21 Uhr | Delmenhorst, Kiosk an der Graft | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 19:21 Uhr | Dinslaken, am Ritterort | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:21 Uhr | Duisburg, Rathaus am Burgplatz | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:21 Uhr | Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13 | 3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | Eberswalde, Marktplatz | Kundgebung |
| Mo, 26.2.2024 18:30:19 Uhr | Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:19 Uhr | Erkner, Friedrichstr./Ecke Kirchweg | Umzug |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | Falkensee, alte Stadthalle | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:20:30 Uhr | Frankfurt am Main, Konstablerwache | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:30:21 Uhr | Gifhorn, Schillerplatz | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:30:21 Uhr | Görlitz, Postplatz | Versammlung |
| Mo, 26.2.2024 19:21 Uhr | Greifswald, am Markt | Demo |
| Mo, 26.2.2024 19:21 Uhr | Hamburg, Blankeneser Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:21 Uhr | Hamburg, Bergstedter Markt | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | Hameln, am Hochzeitshaus | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:30:20 Uhr | Heidelberg, am Bismarckdenkmal | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 19:21 Uhr | Hennef/Sieg, Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:19 Uhr | Höxter, Weserstr. 11 | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:19:30 Uhr | Jülich, Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:30:20:30 Uhr | Kaiserslautern, Innenstadt | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | Konstanz, Augustinerplatz | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | Konstanz, Münsterplatz | Demoaufzug |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:21 Uhr | Köln, Roncalliplatz | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | Königs Wusterhausen, Kirchplatz | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | Landshut, Ländertorplatz | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:21 Uhr | Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:19 Uhr | Leipzig, Augustusplatz | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 19:21 Uhr | Lippstadt, Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:21 Uhr | Magdeburg, Domplatz | Demo |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | Mannheim, Ehrenhof des Schlosses | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | Marbach am Neckar, Schillerdenkmal | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | March/Breisgau, Bürgerhaus | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:30:21 Uhr | Mindelheim, Maximilian Straße 26 | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:19:30 Uhr | München, Stachus | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 19:20:30 Uhr | Naumburg, Vogelwiese | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:30:21 Uhr | Neubrandenburg, Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 19:21 Uhr | Norderstedt, Kino Spektrum | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:30:20:30 Uhr | Nürnberg, Kornmarkt | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | Oldenburg, Rathausmarkt | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | Oranienburg, Schloßplatz | Kundgebung |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | Pforzheim, Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | Potsdam, vor dem Filmmuseum | Mahnwache |
| Mo, 26.2.2024 19:21 Uhr | Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:21 Uhr | Reinheim, Stadtpark | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 16:30:17:15 Uhr | Rostock, Stadthafen | Schildermahnwache |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | Rottweil, Markt | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | Salzweil, am Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 19:21 Uhr | Sauerlach/Bayern, Markt | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | Seeheim-Jungenheim, Rathaus | Demo |
| Mo, 26.2.2024 18:21 Uhr | Senftenberg, Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | Siegen, Jakob-Schreiner-Platz | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:45:20:15 Uhr | Solingen, Am Neumarkt | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:19 Uhr | Spremberg, Nettoparkplatz | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 17:30:19 Uhr | Stadthagen, Marktplatz | Montagsdemo |
| Mo, 26.2.2024 18:21 Uhr | Stralsund, Olaf-Palme-Platz | Kundgebung und Aufzug |
| Mo, 26.2.2024 18:19 Uhr | Sulz am Neckar, Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | Tattnang beim Bodensee, Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:30:21 Uhr | Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:30:20:30 Uhr | Walsrode/ Heidekreis, Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 19:20:30 Uhr | Weimar, Theaterplatz | Demo |
| Mo, 26.2.2024 17:30:19 Uhr | Werder (Havel), Plantagenplatz | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 18:21 Uhr | Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche | Demo |
| Mo, 26.2.2024 18:20 Uhr | Wismar, Markt | Versammlung |
| Mo, 26.2.2024 18:30:21 Uhr | Wolfenbüttel, am Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 19:20 Uhr | Würselen, Morlaixplatz | Spaziergang |
| Mo, 26.2.2024 19:21:30 Uhr | Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz | Demo und Kundgebung |
| Di, 20.2.2024 14:30-15 Uhr | Berlin, zwischen den Botschaften von GB und USA | Menschenkette für Julian Assange |
| Di, 27.2.2024 18:21 Uhr | Bernau bei Berlin, Rathaus | Spaziergang |
| Di, 27.2.2024 18:20 Uhr | Ortenberg/Hessen, Marktplatz | Spaziergang |
| Di, 27.2.2024 18:20 Uhr | Varel, Rathaus | Spaziergang |
| Di, 27.2.2024 19:21 Uhr | Wesel am Niederrhein, Martinstraße 6-8 | Spaziergang |
| Di, 27.2.2024 19:21 Uhr | Wolgast, Am Kai | Demoaufzug |
| Mi, 28.2.2024 19:21 Uhr | Geisa, Am Kulturhaus | Spaziergang |
| Mi, 28.2.2024 17:19 Uhr | Landshut, Martinikirche | Andacht |
| Mi, 28.2.2024 19:21 Uhr | Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte | Demo |
| Mi, 28.2.2024 18:21 Uhr | München, Odeonsplatz | Umzug |
| Mi, 28.2.2024 19:21 Uhr | Naumburg (Saale), Vogelwiese | Offenes Mikrofon |
| Mi, 28.2.2024 18:19:30 Uhr | Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße | Treffen |
| Mi, 28.2.2024 19:20:30 Uhr | Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule | Spaziergang |
| Mi, 28.2.2024 18:20 Uhr | Obernkirchen, am Marktplatz | Demo |
| Mi, 28.2.2024 19:20:30 Uhr | Schulzenhof, Rathaus (Richard-Israel-Str.) | Spaziergang |
| Mi, 28.2.2024 18:21 Uhr | Zwickau, auf dem Hauptmarkt | Kundgebung |
| Do, 29.2.2024 18:21 Uhr | Baunatal, am Marktplatz | Spaziergang |
| Do, 29.2.2024 18:20 Uhr | Bebra, Rathausmarkt | Spaziergang |
| Do, 29.2.2024 17:30:18:30 Uhr | Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str. | Schilderdemo |
| Do, 29.2.2024 18:21 Uhr | Demmin, Am Marienhain | Demo |
| Do, 29.2.2024 15:18 Uhr | Frankfurt, Bertramstr. 8 | Mahnwache |
| Do, 29.2.2024 17:30:19 Uhr | Hanau, Großauheim, Rochusplatz | Mahnwache |
| Do, 29.2.2024 19:21 Uhr | Hennef/Sieg, Rathaus | Spaziergang |
| Do, 29.2.2024 18:30:21 Uhr | Landenberg/Saalekreis, Markt | Spaziergang |
| Do, 29.2.2024 17:18:30 Uhr | Rostock, Brunnen der Lebensfreude | Kundgebung |
| Do, 29.2.2024 19:21 Uhr | Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe | Dialog |
| Fr, 1.3.2024 18:20 Uhr | Raefeld/NRW, Rathausplatz | Demo |
| Sa, 2.3.2024 17:20 Uhr | Augsburg, Ladehofstraße | Umzug |
| Sa, 2.3.2024 15:19 Uhr | Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz | Demo und Umzug |
| Sa, 2.3.2024 15:18 Uhr | Eberbach, Leopoldplatz | Zusammenkunft |
| Sa, 2.3.2024 13:18 Uhr | Emden, Hafentorplatz | Grundrechtsdemo |
| Sa, 2.3.2024 14:16 Uhr | Freiburg, am Konrad-Adenauer Platz | Demoaufzug |
| Sa, 2.3.2024 18:20 Uhr | Kirchen (Sieg), Rathaus | Spaziergang |
| Sa, 2.3.2024 15:15:17 Uhr | Krumbach (Schwaben), Stadgarten | Spaziergang |
| Sa, 2.3.2024 15:30:18 Uhr | Pforzheim, Marktplatz | Demo |
| Sa, 2.3.2024 15:17 Uhr | Rostock, Rosengarten | Kundgebung und Aufzug |
| Sa, 2.3.2024 11:13 Uhr | Minden, an der Martinitrepppe beim Rathaus | Demo |
| Mo, 4.3.2024 17:20 Uhr | Darmstadt, Ludwigplatz | Mahnwache |
| Mo, 4.3.2024 19:20 Uhr | Mayen, am Marktplatz | Spaziergang |
| Mi, 6.3.2024 18:20 Uhr | Heidelberg, Schwanenteichanlage | Demo |

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse veranstaltung@demokratischerwiderstand.de senden.

Aktuelle Informationen: <https://nichtohneuns.de> • NEWSLETTER ABONNIEREN

**KARL HILZ
– DANKE!**

**KOLUMNE FREUND
UND HELFER**

Von Polizisten für Aufklärung

**Auf dem Bild oben: Der ehemaliger
Vorsitzende der Polizisten für Aufklärung e.V., Karl Hilz (verstorben 19.11.2021).**

Karl hat den Verein »Polizisten für Aufklärung« mitgegründet und war dessen erster Vorstand, weil er es für dringend notwendig hielt, dass Polizeibeamte die Realität erkennen, um die richtige Lagebeurteilung anzustellen zu können.

Karl sah, dass sich die aktiven Kollegen von der Politik missbrauchen lassen und das wichtige Vertrauen der Bevölkerung verspielen. Das war für ihn eine fatale Entwicklung, der er entgegenwirken wollte, um unser Grundgesetz und unsere Grundrechte zu schützen. Danke, Karl! Danke, Polizisten für Aufklärung (echte-polizisten.de))! – Die Reihe im DW wird demnächst fortgesetzt (red.)

**SOLLEN GESELLSCHAFTLICHE
KONFLIKTE VERTUSCHT WERDEN?**

Am 14. Februar 2024 kam es zu drastischen Auseinandersetzungen zwischen der deutschen Bauernmacht und der Regierung in der Stadt Biberach (DW berichtete). Die Partei der Bündnisgrünen hatte dort ihren »politischen Aschermittwoch« durchführen wollen, die Bauern demonstrieren dagegen. Das Regime ließ Tränengas und Schlagstöcke gegen die Bauernmacht einsetzen – wie später regierungsseitig erklärt wurde, angeblich erst nachdem eine Scheibe in der Limousine des »grünen« Bundeslandwirtschaftsministers eingeworfen worden war. Videoaufnahmen bewiesen aber, dass das Tränengas und die Schlagstöcke zuerst eingesetzt wurden, die Scheibe noch nicht zu Bruch gegangen war. Ferner wird im Netz breit gemutmaßt, Polizei-Provokateure hätten, um den Anlass vorzutäuschen, das Zerschlagen einer Scheibe an der schweren Karosse geplant – was unter anderem diese beiden Videostill-Bilder bewiesen. Dem steht eine einzige Aussage entgegen, die den DW erreichte: »Nein, es war ein Zollstock, der von oben in die Scheibe geworfen wurde.« (ale; DW-Screenshots/CC)

SCHON MIT DER BAUERNMACHT VERBRÜDERT?

Europa vom Kopf auf die Füße: Die Bauernmacht bietet den nationalen Demokratiebewegungen die Chance zum Durchbruch für Frieden, Freiheit, Freundschaft.

»Gegen kopflosen Freihandel, für ökonomische Grundrechte, für echte Demokratie mit Volksentscheiden in allen grundlegenden Angelegenheiten, Emanzipation von den USA, Friedensverhandlungen und ein sinnvolles europäisches Friedensbündnis jenseits von Konzernen und Rüstungslobby.« Diese Werte stehen insbesondere bei den anhaltenden, täglichen Revolten der Klein- und Mittelbauern in Frankreich, Spanien, Griechenland, England, Italien, den Niederlanden, Polen und Deutschland hoch im Kurs.

ALLERORTEN BEREITET
DER BAUER DAS FELD

Es ist sogar für diese bewegungsgestählte und weltweit recht gut vernetzte Zeitung, den DW, kaum möglich, den Überblick über die Aufstände der Bauern zu halten. Bundschuhbewegung – ja, überall! Viele einzelne Ereignisse verdichten sich zu einer Woge, die seit 8. Januar 2024 aus Berlin über den Kontinent schwappt. Schon wieder, ohne dass die Staats- und Konzernmedien darüber maßstabsgerecht berichten würden.

Besonders bemerkenswert ist wohl der 21. Februar, der vergangene Mittwoch: Bei einem Marsch durch die spanische Hauptstadt mit Zehntausenden Landwirten und Landarbeitern kommt es zur Verbrüderung mit der eher lose organisierten spanischen Demokratiebewegung. Gemeinsam



Dieses Foto veröffentlichte der Blog Tagesschau.de am 21. Februar. Es zeigt eine der vielen polnischen Bauernkolonnen, hier mit der Aufschrift: »Putin, kümmere Dich bitte um die Ukraine, Brüssel und unsere Regierung!« Foto: DW-Bildschirmfoto

durchbricht das Volk die Polizeibarrikaden und drängt auf die Machtzentralen vor. Die Welt des Internets erschüttern Szenen von alten Bauern, die sich opferbereit in den Straßenkampf mit schwer ausgerüsteten Regimesöldnern werfen und heldenhafte Achtungserfolge im Kampf gegen das Regime erzielen – das wiederum Tränengas und Schlagstöcke gegen das eigene Volk einsetzen lässt. Die Lügenpresse bringt davon nichts.

Auch der Franzose hat die Faxen dicke und begehrt in historischem Maßstab vom Lande her auf. Die fast schon traditionell aufgeführten Protest-Orgien des Franzosen verdichten sich seit Wochen von Südwesten des Landes her und immer kräftiger au Paris zu und in die Hauptstadt hinein, wo »Gelbwesten« hinstoßen. Auf dem

Weg werden Trassen und Logistikzentren des Regimes lahmgelegt, Präfekturgebäude mit aufgeschütteten Erdwällen verbarrikadiert, Dumping-Agrar-Importeure angehalten und die Ware verteilt. Allein durch die hohe Anzahl verschiedenster Handy-Video-Dokumente geht hervor, dass es sich längst nicht mehr um symbolische Einzelaktionen handelt (sehenswerte Video-Doku »Bauernproteste: Frankreich in Flammen!« des Journalisten Paul Klemm von Compact).

ENTFESSELTE
BAUERN-POWER

Das Vorgehen der Bauernmacht Europas wurde zunächst groß teils von Verbandsfunktionären orchestriert, die zwar im vordergründigen Interesse der Bauern agieren. Doch es geht längst nicht mehr nur um

»Diesel oder Heizöl im Traktorentank«. Es geht darum, wie wir leben wollen, und wie eine heimische Produktion mit Nahrungsmitteln jenseits der Monopolkonzerne und des US-Tribut- und Plattformkapitalismus weitergeführt werden kann. Die Bauern senden allerorten die Einladungen an die Demokratiebewegungen der Länder; in Deutschland kommt es zunehmend zu Verbrüderungen, zuerst, wie so häufig bei demokratisch-revolutionären Funken aus deutschen Landen, im Süden, im Badischen und im Schwäbischen. Wann kommt der Sieg? (jro/bat)



»Dieser Fall ist ein Eingeständnis der USA, dass sie nunmehr investigativen Journalismus kriminalisieren. Es ist ein Angriff auf alle Journalisten auf der ganzen Welt. Es ist ein Angriff auf die Wahrheit und auf das Recht der Öffentlichkeit auf Information. Julian Assange ist ein politischer Gefangener und sein Leben ist in Gefahr. Was Nawalny passiert ist, kann auch Julian passieren. Er muss freigelassen werden. Diese Farce muss aufhören!« – Die Anwältin und Preisträgerin der Republik Stella Assange in der Menge der Demonstrationen vor dem Königlichen Hochgericht in London am 21. Februar

MENSCHLICH GESEHEN

Am 20. und 21. Februar 2024 fanden im Königliche Hochgericht in London Verhandlungen über die Berufung des australischen Journalisten Julian Assange gegen dessen Auslieferung statt – und vertagte sich. Assange hatte mit der Seite »Wikileaks« ab 2010 angloamerikanische Kriegsverbrechen im Zuge deren völkerrechtswidrigen Aggressionskriegen und Beutefeldzügen etwa in der Republik Irak aufgedeckt und wird dafür seit zehn Jahren von den USA und unter Druck gesetzten weiteren Staaten als politischer Gefangener gehalten. Das militärische Beweismaterial war dem Australier im Wesentlichen von der US-Soldatin Chelsea Manning digital zugesandt worden, die bereits vor Jahren von US-Präsident Barack Obama begnadigt worden war. Das finale Gerichtsverfahren um Assanges Auslieferung an Washington, wo ihm die Todesstrafe drohen könnte, wurde von weltweiten Protesten begleitet.

Am Mittwochabend wurde verlautbart, das Gericht vertage sich, um die Berufung gegen die Auslieferung Assanges von London an Washington zu einem unbestimmten späteren Zeitpunkt zu entscheiden. Vermutet wird vielfach, dass der »USA-Vasall« London den politischen Gefangenen ausliefern wird – dies aber nach einem kurzfristig angesetzten letzten Termin, bei dem in der Folge mutmaßlich weniger durchschlagende Straßenkämpfe in London und gegen britische Einrichtungen im Ausland zu erwarten wären. Der Londoner Gerichtshof »Royal High Court« wurde tagelang von Tausenden Demonstranten aus aller Welt belagert, darunter auch mehrere Delegationen der alten und neuen Friedensbewegung aus Deutschland, die unter anderem den Schriftzug »Free Assange« in einzelnen Lettern hochreckte. Ebenfalls anwesend waren etwa die Demokratieaktivistin Songül Schlürscheidt sowie Vertreter der Aufklärungsorganisation Mutigmacher.org sowie der Journalist Kayvan Soufi-Siavash von Apolut.net. Staats- und Konzern-Medien wie Tagesschau.de berichteten nicht oder in hintersten Online-Meldungen. (ale)

Fotos: Oben die Free-Assange-Lettern aus Deutschland vor dem Königlichen Hochgericht, darunter die Anwältin Stella Assange in einem Videostatement, unten der Berliner Demonstrationzug am 21. Februar auf der Straße Unter den Linden (alle DW-Screenshots/CC).



Vor dem imperialen Gericht seiner Majestät in London demonstrierten am 20. und 21. Februar 2024 Tausende für die Freilassung des Journalisten Julian Assanges. Foto: Videostill



ZITAT DER
WOCHE

Foto: Commons

»Einige der wenigen Dinge, die mir Hoffnung machen, ist, dass ich herausfand, dass jeder Krieg der letzten 50 Jahre ein direktes Resultat von Medienlügen war. Die Medien hätten jeden dieser Kriege verhindern können, wenn sie nur tief genug recherchiert hätten. Und sie hätten jeden dieser Kriege stoppen können, wenn sie sich nicht nur darauf beschränkt hätten, offizielle Regierungspropaganda zu verbreiten.«

Julian Assange



DIESE
WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN,
VERKAUFEN

WARUM?

- Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.
- Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.
- Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spaziergehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.
- Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensurierbar.
- Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE
AN DIE ZEITUNGEN?

- Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.
- Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.
- Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.
- Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.
- Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.
- Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.
- Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

»Moral oder Heuchelei?«

Der englische Journalist und Entertainer Russell Brand zur Haltung des »Westens« gegenüber Nawalny, Assange und Lira.

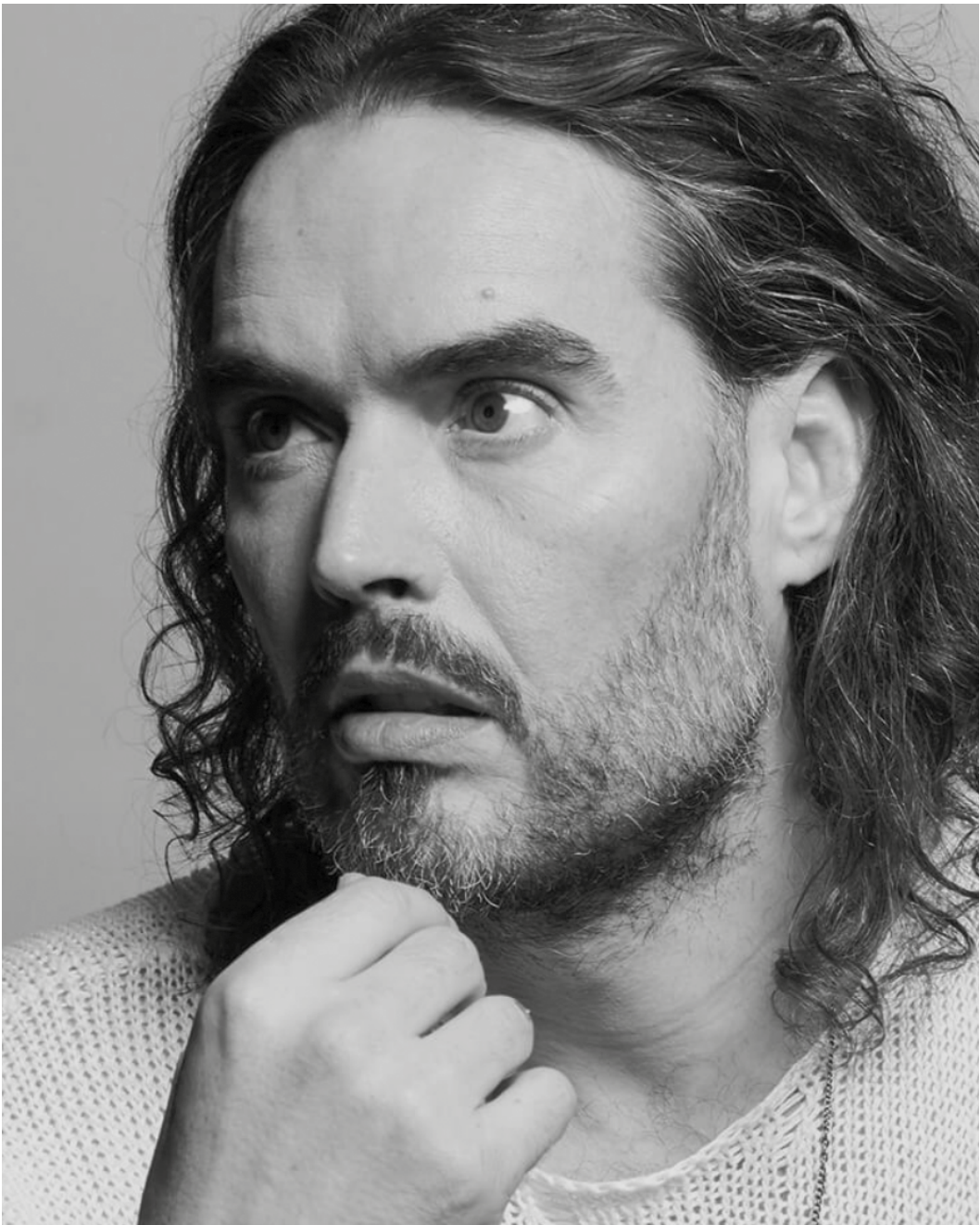
»Der Tod des russischen Oppositionellen Alexej Nawalny hat einen Aufschrei in der westlichen Welt erzeugt und Rufe nach mehr Geld für die ukrainische Kriegsführung. Was ist also die westliche Position, wenn es zu offener Kritik an der Politik des Establishments kommt, ob es nun um Gonzalo Lira oder Julian Assange geht?«

So leitet der weltbekannte englische Journalist und Entertainer Russell Brand sein Feature zu den Fällen Alexej Nawalny am Mittwoch ein. »Es ist unglücklich, dass Alexej Nawalny in dieser Zeit gestorben ist, so kurz nachdem Putin von Tucker interviewt wurde (vgl. #DW163; red.). Das ist außergewöhnlich und es ist traurig! Lassen Sie uns einen Blick darauf werfen, was seine politischen Haltungen waren und wie sein Tod benutzt wurde von der politmedialen Kaste. Und lassen Sie uns auch herausarbeiten, was für eine Verlogenheit in der Berichterstattung aufzufinden ist!

Julian Assange ist noch immer im Gefängnis in Belmarsh – ohne seriöse Verhandlung und Urteil. Im Wesentlichen deshalb, weil er kritisch gegenüber der Politik des Westens war, insbesondere was dessen militärische Aktivitäten im Ausland betrifft. Lassen Sie uns schauen, ob wir das alles im Kopf behalten können, wenn wir uns den Todesfall anschauen: Nawalny saß im Gefängnis, es war ein Mord und Putin zählt wohl zu den Leuten, die für so etwas verantwortlich sein können, es besteht an der Möglichkeit kein Zweifel.

Aber wird der Vorgang verwendet, um weitere Zahlungen an den ukrainischen Krieg in Gang zu setzen? Und ist es so falsch, das als moralisch verwerflich zu bezeichnen, wenn (der Journalist und Aufklärer von US-UK-Kriegsverbrechen im Irak) Julian Assange immer noch im Kerker sitzt und (der Journalist und Aufklärer über ukrainische Verbrechen) Gonzalo Lira in einem ukrainischen Gefängnis starb?

Was Julian Assange vornehmlich tat, war über Kriegsverbrechen des Westens im Nahen Osten zu berichten. Er sitzt dafür in verschiedensten Formen seit zehn Jahren im Gefängnis, das Auslieferungsverfahren findet



Der englische Journalist und Entertainer Russell Brand findet klare Worte – auch für seinen Kollegen Julian Assange. Foto: russellbrand.com

statt und man findet dazu keinerlei Berichterstattung in den westlichen Mainstream-Medien. Lasst uns von mir aus dabei einfach davon ausgehen, dass Putin für den Tod Nawalyns verantwortlich ist, dass er ihn hat umbringen lassen, wenn wir uns anschauen, aus welcher Perspektive der Westen das kritisiert: Ist es eine Position der moralischen Klarheit und Reinheit? Oder kommt es aus einer Position der Heuchelei?

Zitat des britischen Außenministers James Cameron: »Ich wünschte, wir wären uns klar darüber, was hier geschehen ist: Putins Russland hat ihn eingesperrt und Anklagen gegen ihn erfunden!« Man könnte sich einfach vorstellen, er hätte damit Julian Assange

gemeint. Könnte es da vielleicht einen Selbstwiderspruch geben? Gerichtsverfahren, die einfach so auftauchen, aus der Luft gegriffene Anklagen. Diese Heuchelei stellt einen ganzen Krieg gegen Russland in Frage, beziehungsweise den Stellvertreterkrieg, wenn der Grund, aus dem sie diesen Krieg führen, dem eigenen Versagen so ähnlich ist...«

Die Sendung »The TRUTH about Alexej Nawalny & Julian Assange« (»Die Wahrheit über ...«) erschien auf der vergleichsweise unzensurierten Videoplattform Rumble am 21. Februar. Der Journalist Russell Brand ist derzeit DW-Mitherausgeber auf Zeit und ehrenhalber. Aus dem Englischen von Anselm Lenz.

Briefe an die Redaktion

LESER VON DRÜBEN

»Please let me have an english button on the page so I can read the fuckin thing. U have no idea how hard it is to get information. Just to fuckin get here. It is completely fuckin despotism over here in the US. Burn shit down!« Auf deutsch: »Stellt bitte Eure Internetseite auch auf Englisch rein, sodass ich das Zeug lesen kann. Ihr habt keine Vorstellungen davon, wie schwierig es ist, Informationen zu bekommen. Oder überhaupt erst auf Eure Seite zu gelangen. Hier in den Vereinigten Staaten herrschen Gewalt und Willkür. Lasst uns diese Scheiße mit Einsatz von Feuer niederreißen.« – Dean Holden, USA

MARATHON-LÄUFER

Toll, das ihr einfach immer weitermacht. Als ich das erste Mal eine Ausgabe Eurer Zeitung in den Händen hielt, dachte ich mir: »Wow, tolles Teil. Aber, na, wie lange werden die wohl machen? Sehen ja doch noch recht jung aus. Ob die wohl den langen Atem haben?« Und schloss dann doch mein erstes Abo ab. Quartalsabo allerdings. Das war im Sommer 2020. Und ich habe es nicht bereut. Anders als so manche Spende in die Anwaltschaft. Jetzt, im Frühjahr 2024, seid ihr immer noch da. Wow! Gerade habe ich ein Jahresabo an eine Freundin verschenkt, die leider fortgezogen ist.

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

Sonst haben wir immer die Zeitung zusammen gelesen. Nicht, dass sie mir auf dumme Gedanken kommt. Weiter so und ganz viel Kraft in diesem Wahnsinn!
– Irmgard I., Gensingen

AUF DEM SCHIRM

- ✉ RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de
- 📷 instagram.com/demokratischerwiderstand
- 📻 t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
- 📘 facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
- 📺 youtube.com: Demokratischer Widerstand

Es wird wieder geboostert

Die deutsche Kriegsproduktion, sie lebe hoch | Von Hendrik Sodenkamp

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck aus der Partei derBündnisgrünen nahm am 21. Februar 2024 im blauen Licht der Bundespressekonferenz Platz und hatte schlechte Neuigkeiten im Gepäck.

Es sei ja überhaupt nicht abzusehen gewesen, aber das Wirtschaftswachstum werde auch in diesem Jahr nicht so laufen, wie man es noch im Herbst vollmundig proklamiert hatte. Statt des angekündigten Wachstums von 1,4 Prozent werde es im Jahr 2024 nur 0,2 Prozent Wirtschaftswachstum geben. Aber, so Habeck, der denn wilde Grafiken auspackte und auf Fantasiebalken zeigte, es gehe bald bergauf, wenn man die Bundesregierung nur machen lasse. – Man merkte wieder einmal: Wow, hier spricht »die Wissenschaft«.

Daten des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass sich die Industrieproduktion in Deutschland auf dem tiefsten Stand seit 14 Jahren befindet – klammert man einmal den rapiden Einbruch im Frühjahr 2020 aus, als das Coronamaßnahmenregime eingeleitet wurde. Seit 2017 bereits geht es bergab. Für Robert Habeck aber ist selbstverständlich fast ausschließlich der »brutale russische Angriffskrieg in der Ukraine«, wie es im offiziellen Sprachgebrauch heißt, verantwortlich für den Abbau an Produktivkraft in diesen Breiten. Und wofür Putin nicht verantwortlich ist, erledigten andere höhere Mächte wie Angela Merkel oder der Coronavirus den Rest. Nun sei es Zeit, einen »Reformbooster« einzuschalten. Das wird bestimmt noch den letzten gesunden Betrieb umbringen.

SCHOLZ: MINDESTENS
20 JAHRE AUFRÜSTEN

In welche Richtung die deutsche Wirtschaft gehen wird, machte der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz am Wochenende bei der Münchner Sicherheitskonferenz klar – dem



Make Waffenindustrie Great Again: Bundeskanzler Olaf Scholz kennt keine roten Linien mehr. Erst wollte er jeden Deutschen wegspritzen, dann ließ er unsere Heizung sprengen und nun will er bis in die 40er-Jahre aufrüsten. Mit einem feixenden Lächeln geht es in den Untergang. Foto: Commons/DW



Dollars für Opa, Euros für Nato: Vielleicht kann dieser US-amerikanisch Rentner tatsächlich bald mit den Moneten getrost seinen Ruhestand verbringen. Ausgerechnet die Republikanische Partei, die uns Afghanistan und Syrien einbrockte, hat keine Lust mehr auf wildes Rumgeballere auf sämtlichen Erdteilen. Foto: Symbolbild, Pexels/Andrea Piacquadio

Klassentreffen von Waffenschiebern, Nato-Generälen und Regierungschefs. Deutschland werde von nun an über Jahre aufrüsten, so der unter Korruptionsverdacht stehende Scholz vollmundig. Auch nachdem man die 100 Milliarden »Sondervermögen« – aka. neue Schulden für uns Menschen – ausgegeben haben wird, also bald, werde es in Deutschland kein zurück mehr in die zivile Wirtschaft geben. Über Jahre hinweg werde Deutschland nun mindestens zwei Prozent seiner gesamten Wirtschaftsleistung in die Kriegswirtschaft stecken.

Wörtlich sagte er: »Deutschland investiert dieses Jahr und auch in den kommenden Jahren, in den 20er-, den 30er-Jahren und darüber hinaus (!), zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in die Verteidigung. Wir müssen uns mehr denn je darum kümmern, dass unsere Abschreckung modernen Anforderungen gerecht wird.«

Bundeskriegsminister Boris Pistorius (SPD) hatte es angekündigt und Scholz machte den Schulterchluss: Ja, Deutschland wird nun kriegstüchtig, denn bald wird gen Osten gezogen. Dafür muss nun die Waffenproduktion angefahren werden. Erst kürzlich hatte Scholz eine neue Munitionsfabrik von Rheinmetall eröffnet, da wird auch der Gewerkschaft

IG-Metall warm ums Herz. Man habe nichts gegen Kriegswirtschaft, Aufrüstung und den Kauf von irrsinnig vielen Waffen, lautete es nach Scholzens Ruckrede vonseiten der Nato-Fake-Gewerkschaft, wenn denn diese Waffen auch in Deutschland und nicht in »Übersee« produziert werden. Will heißen: Hauptsache Arbeitsplätze gesichert.

In den USA greift der Unmut über die das kriegerische Geldverbrennen um sich und es sieht danach aus, dass bald die Dollarscheine nicht mehr als Feuerregen über die Ukraine niederprasseln. Der Euro brennt auch gut, meint man. Die USA fallen also wohl bald aus und Scholz meint, sich als neuer Anführer der »freien Welt« – also des Machtapparats, der von niemanden gewählt wurde – präsentieren zu können. In München machte er es klar: Es ist egal, wer in den USA gewählt wird. Es werde auch egal sein, wer in Deutschland gewählt wird. Das Geld wird fließen. Der Krieg gegen Russland wird geführt werden.

MIT SOLCHEN TYPEN
IST ALLES NICHTS

Olaf Scholz machte zudem klar, dass der Krieg des Apparats auch auf Kosten der eigenen Bevölkerung geführt werde: »Ja, Geld, das wir jetzt und in Zukunft für unsere Sicherheit ausgeben, fehlt uns an anderer Stelle. Das spüren wir.« Und dann holte er noch zu einem Schlag gegen seinen Amtsvorgänger und Parteigenossen Willy Brandt aus und verhöhnepiepelte dessen berühmten Ausspruch: »Ich sage aber auch: Ohne Sicherheit ist alles andere nichts«, so Scholz weiter.

Am 22. Februar 2024 diskutiert dann der Bundestag nach Redaktionsschluss darüber, ob man nicht doch noch Taurus-Marschflugkörper in die Ukraine senden will. Stückpreis rund eine Millionen Euro, das ist der »hohe Preis, den wir bereit sind, zu zahlen« (Bärbock).

MELDUNG

LAUTERBACH
LÄSST BEWERTEN

Berlin/DW. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) setzt Krankenhäuser unter Druck. Mit einem sogenannten »Transparenzverzeichnis« will er ein öffentlich einsehbares Register schaffen, in dem Kliniken für ihre »Kompetenz« bestimmte Eingriffe zu leisten, bewertet werden. Ein erster Entwurf für ein entsprechendes Gesetz war gescheitert, nun einigten sich Vertreter von Bundestag und Bundesrat auf einen Kompromiss. Lauterbach versprach außerdem den Kliniken Geld. Das Online-Register entsteht vor dem erklärten Ziel Lauterbachs, die flächendeckende Krankenhausversorgung in Deutschland zugunsten einiger Mega-Krankenhauskomplexe in Konzernhand umzugestalten. (hes)

MILLIARDEN-
SCHMELZE

Berlin/DW. Die Rücklagen der Deutschen Bundesbank werden laut einer Meldung vom Handelsblatt vom 22. Februar 2024 durch die Zinswende aufgefressen. Demnach muss das bundesdeutsche Institut auf seine Einlagen zurückgreifen, um Verluste auszugleichen, die durch die sogenannte Zinswende der Europäischen Zentralbank entstanden sind. Es gehe um Summen von bis zu 200 Milliarden Euro, die der Deutschen Bundesbank fehlten, so das Handelsblatt. Die Deutsche Bundesbank hatte sich in der Vergangenheit mehrfach kritisch zur Geldpolitik der EZB unter Christine Lagarde geäußert, die jedoch ihren Kurs durchsetzte. (hes)

VOLLMUNDIGE
VERSPRECHEN

Berlin/DW. In Deutschland fehlen in diesem Jahr rund 600.000 Wohnungen und Sprecher der Immobilienwirtschaft warnen vor »dramatischen Einbrüchen« im deutschen Wohnungsbau. Im kommenden Jahr sollen somit sogar 720.000 Wohnungen fehlen und bis 2027 gar 830.000, so die regierungsnahe Tagesschau. Die Ampelregierung war 2021 mit der Ansage angetreten 400.000 neue Wohnungen zu bauen beziehungsweise bauen zu lassen. Diese Ziel habe sie krachend verfehlt, so Experten. »Bauen ist heute faktisch unmöglich«, heißt es vom Präsidenten des Zentralen Immobilien-Ausschusses, Andreas Mattern. (hes)

WAHRZEICHEN
EUROPAS

Paris/DW. Wahrzeichen bestreikt. Auf unabsehbare Zeit bleibt der Pariser Eiffelturm wegen eines Streiks geschlossen. Die gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten, die für das französische Wahrzeichen zuständig sind, protestieren damit gegen den schlechten Zustand des Gebäudes. Ein Ende des Streiks ist nicht in Sicht. (hes)



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE von *Wolfgang Greulich*

**NAIV, UNFÄHIG
ODER VORSÄTZLICH?**

Mittlerweile nennt es selbst unser Kinderbuchautor Robert Habeck eine Rezession, was da in unserem Land vonstattengeht. Minimal soll sie wachsen, die Wirtschaft, in 2024. Um ganze 0,2 Prozent. Da wurde jetzt seit Oktober aber ordentlich nach unten korrigiert, denn da waren es noch 1,3 Prozent Wachstum beim Bruttoinlandsprodukt (BIP), die von der Bundesregierung in den Raum gestellt wurden. Schon damals war es nicht die Wahrheit, heute auch nicht.

Naiv, unfähig oder vorsätzlich? Namhafte Firmen wie Trigema, Miele oder Kärcher zeigen uns jedenfalls, wo es langläuft: Weg aus Deutschland, ab ins Ausland! Wenn selbst die Schweiz trotz der relativ hohen Produktions- und Lohnkosten eine echte Alternative zum Wirtschaftsstandort Deutschland ist, läuft was falsch, aber richtig falsch. Doch das ist ja nicht so schlimm, sind die Arbeitsplätze halt mal für eine Weile weg. Habeck wird es auch nicht leid, immer und immer wieder dieselben Gründe anzubringen – kurz: »Putin ist schuld.« Es ist widerlich und unglaublich, wie lange sich das deutsche Volk mehrheitlich immer noch für dumm verkaufen lässt. Und unsere Medien werden es auch nicht leid, denn dafür werden sie ja von ihren wahren Eigentümern bezahlt, immer und immer wieder im Wortlaut den »russischen Angriffskrieg« zu nennen und dabei zu vergessen, was im Januar 2014 in der Ukraine geschehen ist. Näher betrachtet wurde da eigentlich das Ende des Wirtschaftsstandortes Deutschland eingeleitet. Niemand spricht von irren Steuerlasten, einer kaum zu bewältigenden Bürokratie für den deutschen Mittelstand und schon gar nicht davon, dass die eingewanderten überwiegend jungen Männer aus allen Kriegsländern dieser Welt kaum für den deutschen Arbeitsmarkt zu gebrauchen sind.

Jeder Unternehmer, der es probiert hat, weiß davon zu berichten. Das darf man nicht pauschalisieren, sicher nicht, aber darüber reden, darf man auch nicht mehr, denn dann ist man rechts, so wie mittlerweile alles rechts ist, was eine andere Meinung als diese schleunigst aus dem Amt zu werfende links-grüne Regierung hat. Die gute Nachricht – dazu braucht es jedoch eine gehörige Portion Sarkasmus: Wir erreichen wohl wieder geplante Militärausgaben von zwei Prozent des BIP. Na endlich, Mama USA und NATO sind superglücklich mit *good old Germany*. Einstweilen sterben weiter Menschen, sowohl in der Ukraine als auch im Gazastreifen – und die Gewinner reiben sich die Hände. Einfach widerlich! Klaus Schwab hat seinen Job gemacht.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany!*

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

DURCH DIE HINTERTÜR

Deren System ist am Ende. Wie die Herrschaften versuchen, ihr neues digitales Kontrollgeld einzurichten, berichtet Finanzexperte Ernst Wolff

Das politische, wirtschaftliche und militärische Chaos, das wir zurzeit durchmachen, ist vor allem einer Tatsache geschuldet: Das Geldsystem, unter dem wir bisher gelebt haben, ist unwiderruflich zerbrochen und muss durch ein neues ersetzt werden.

Aus diesem Grund wird unser Leben zurzeit von zwei Prozessen geprägt: zum einen der rücksichtslosen Plünderung und Zerstörung des alten Geldsystems und zum anderen der Vorbereitung eines neuen Systems. Dieses neue System, das auf Central Bank Digital Currencies, also CBDCs – zu deutsch: digitalem Zentralbankgeld – basiert, hat jedoch Eigenschaften, die sehr viele Menschen nicht freiwillig akzeptieren werden. Den Beweis für diese Ablehnung liefert der erste Großversuch in einem Industrieland: Im Oktober 2022 wurde der E-Neira in Nigeria eingeführt – mit verheerendem Ergebnis. Die Mehrheit der Nigerianer lehnt das neue Geld bis heute rundheraus ab, weil es sie zu 100 Prozent dem Staat in Gestalt der Zentralbank unterwirft und das Ende aller finanziellen Freiheit und damit auch das Ende jeglicher Demokratie bedeutet.

Die Zeit aber drängt und das neue Geld muss wegen des immer heikleren Zustands des alten Geldsystems auf Biegen und Brechen eingeführt werden. Deshalb sind die Verantwortlichen gezwungen, sich immer neue Strategien und Taktiken zu überlegen. Um zu sehen, wie diese aussehen, sollte man den Blick nach Indien richten. Dort zeichnet sich nämlich eine Entwicklung ab, die auch für uns von Bedeutung sein könnte: die schleichende Einführung des neuen Geldes durch die Hintertür.

SCHAUEN WIR EINMAL
NÄHER HIN

Indien ist im Jahr 2015 der Better Than Cash Alliance – zu deutsch: Besser als Bargeld Allianz – beigetreten. Diese 2012 gegründete Organisation hat 80 Mitglieder, darunter nationale Regierungen aus Afrika, Nahost, dem asiatisch-pazifischen Raum und Lateinamerika. Zu den Gründungsgeldgebern gehören unter anderem die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung, die Ford Stiftung, die Stiftung des Ebay-Gründers, der Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen und das Kreditkartenunternehmen Visa. Zu den weiteren Geldgebern gehören die Mastercard-Stiftung und das deutsche Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Wie ernst Indien es mit seinem Beitritt meinte, zeigte sich bereits ein Jahr später: Im November 2016 ließ Premierminister Modi ohne Vorankündigung über Nacht die beiden Banknoten mit dem höchsten Nennwert aus dem Verkehr ziehen. Deren Wert belief sich damals auf 320 Milliarden US-Dollar, das entsprach 86 Prozent des gesamten in Indien in Umlauf befindlichen Geldes. Begründet wurde die Aktion mit der Zurückdrängung von Schwarzgeld und dem Kampf gegen Geldwäsche und Geldfälschung. Wie wir heute wissen, ist nicht eines dieser Ziele erreicht worden, so dass man davon ausgehen kann, dass das tatsächliche Ziel ein ganz anderes war

WAS UNS HELLHÖRIG
MACHEN SOLLTE

Im Januar 2017, also genau zwei Monate nach dem bis dahin weltweit härtesten Schlag gegen das Bargeld schlug die indische Regierung vor, die digitale Rupie einzuführen. Die indische Zentralbank begann umgehend mit deren Entwicklung.

Das Ganze erforderte allerdings viel Arbeit und es dauerte bis zum 1. Dezember 2022, bis die indische Zentralbank an ausgewählten Standorten mit einer geschlossenen Benutzergruppe ein Pilotprojekt für die sogenannte Retail CBDC startete – die CBDC für den einfachen Nutzer. Das neue Geld wurde in denselben Stückelungen wie Papiergeld und Münzen ausgegeben und über ausgewählte Banken vertrieben und war nicht programmierbar. Außer dieser Retail CBDC – zu deutsch: Einzelhandels-CBDC – wird seit Oktober 2023 in Indien auch noch die sogenannte Wholesale CBDC – eine CBDC, die nur zwischen der Zentralbank und großen Finanzinstitutionen genutzt wird – in einem Pilotprojekt getestet.

Nachdem nun die Verwendung der Retail-CBDC am 27. Dezember 2023 bei täglichen Transaktionen die eine-Million-Grenze überschritten hat, geht man in Indien den nächsten Schritt an – und der sollte uns alle hellhörig machen. So hat der Gouverneur der indischen Zentralbank angekündigt, man wolle das Geld »funktionalisieren«. Er nannte dazu eine Reihe von Beispielen, unter anderem Unternehmen, die ihren Mitarbeitern Geld für bestimmte Geschäftsreisen zur Verfügung stellen könnten. Er sprach aber auch davon, das man das Geld nur für eine begrenzte Zeit oder ein bestimmtes geografisches Gebiet ausgeben könne.

All das bedeutet nichts anderes, als dass man das digitale Zentralbankgeld nun nachträglich programmierbar macht und ihm so unter harmlos klingenden Vorwänden den Weg durch die Hintertür bereitet. Wir alle sollten uns auf keinen Fall täuschen lassen: Solch programmierbares Geld bedeutet das Ende aller finanziellen Freiheit und die totale Überwachung durch den Staat in Gestalt der Zentralbank. Programmierbares Geld heißt: Man kann uns nicht nur vorschreiben, wieviel wir ausgeben dürfen, sondern auch wofür, wann und wo. Darüber hinaus kann man uns den Geldhahn jederzeit vollkommen abdrehen oder uns – nach chinesischem Vorbild – einem Sozialkreditsystem unterwerfen, das uns zwingt, uns den Vorgaben der jeweiligen Regierung zu unterwerfen – oder ohne Geld dazustehen.

MACHEN WIR
UNS NICHTS VOR

Zurzeit arbeiten alle großen Zentralbanken und sämtliche internationale Finanzinstitutionen an diesem neuen Geld – und zwar, ohne dass die Mehrheit der Menschen ahnt, was auf sie zukommt. Setzen wir also alle Energie in die wichtigste Aufgabe unserer Zeit: die Aufklärung unserer Mitmenschen über die Folgen dieses neuen – historisch einmaligen – Zwangsgeldes.

MELDUNG

PLATZT DIE
GRÜNE BLASE?

New York/DW. Wie *Tichys Einblick* mit Bezug auf eine *Reuters*-Meldung berichtet, ziehen Vermögensverwalter wie BlackRock, JPMorgan und State Street rund 14 Billionen US-Dollar aus einer Klimaschutzinitiative ab, die darauf abzielte, Unternehmen zur Emissionsminderung zu drängen. Demnach steigen JPMorgan und State Street komplett bei Climate Action 100+ aus, während BlackRock zwei Drittel seiner Mittel im Geldpool von CA100+ streicht. (kmü)

BRANDENBURGER MILLIONEN-
PROJEKTEN DROHT DAS AUS

Potsdam/DW. Wie *Bild* berichtet, stehen drei große Batterie-Projekte in Brandenburg vor dem Aus. In Lauchhammer sollten 1.000 neue Jobs im früheren Vestas-Windanlagenwerk entstehen. Doch Batteriehersteller SVOLT hat bis heute noch keinen Bauantrag gestellt. In Guben wollte die Firma RockTech eine Lithium-Fabrik für Autobatterien bauen, aber offenbar fehlt es nach dem Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts nun am nötigen Fördergeld. Auch aus der erhofften Zellfabrik der Porsche-Tochter Cellforce in Schwarzheide wird wohl nichts, denn in Amerika gibt's für den schwäbischen Sportwagenhersteller dreimal so viel Fördergeld. (kmü)

STADT HÜRTH VERWEIGERT
GEZ-ZWANGSEINTREIBUNG

Hürth/DW. Die Stadt Hürth teilte mit, dass sie säumige GEZ-Zahler künftig nicht mehr verfolgen wird. Ein entsprechendes Schreiben kursierte zuletzt in den sozialen Medien. Wie *Bild* berichtet, gelte für ganz NRW seit dem 1. Januar 2024 eine neue Vollstreckungsregelung. Das heißt: Haben NRW-Bürger offene Rundfunkgebühren muss der *WDR* die Forderungen jetzt in Eigenregie eintreiben. (kmü)

ERFOLGREICHER PROTEST
GEGEN INVESTOR

Frankfurt am Main/DW. Die Tennisball-Protestaktionen der deutschen Fußballfans, die in den Stadien der 1. und 2. Bundesliga für lange Spielunterbrechungen sorgten (DW berichtete), hatten Erfolg. Die Deutsche Fußball Liga (DFL) verzichtet auf einen Investor. Dies hat das Präsidium auf einer außerordentlichen Sitzung am Mittwoch beschlossen. DFL-Sprecher Watzke: »Eine erfolgreiche Fortführung des Prozesses scheint in Anbetracht der aktuellen Entwicklungen nicht mehr möglich.« (kmü)



Ernst Wolff gilt als herausragender Finanzexperte und kritischer Autor (zuletzt das Buch »WEF«, Klarsicht, Hamburg 2022).

Dieser Text erschien zuerst unter der Überschrift »CBDCs durch die Hintertür« auf dem unabhängigen Nachrichtenportal *apolut.net*. Dort ist er in Gänze als Audio-strecke verfügbar. Alles an CBDCs klingt dermaßen hässlich, dass wir uns erlaubten, das Wort aus der Überschrift zu streichen. Wir danken Autor und Kollegen für die Möglichkeit des Abdrucks.

DER RÜSTUNGS-»MESSIAS«

**Minuten vor Eröffnung der Rüstungs-Messe »Münchner Sicherheitskonferenz«
wird der Tod des russischen Oppositionellen Nawalny bekannt.
Dessen Gattin trommelt zum Angriff auf Russland | BERICHT von Anselm Lenz**

Gäbe es ein Propaganda-Playbook, ein Spielbuch der gemachten kriegstreibenden Nachrichten – der 16. Februar 2024 wäre ein Klassiker! Der russische Oppositionelle Nawalny bricht, mutmaßlich vergiftet, tot zusammen, seine Witwe bläst Minuten später zum Angriff auf Russland – und dies als Eröffnungsbeitrag auf der größten Rüstungsmesse der Welt, der »Münchner Sicherheitskonferenz«.

»Ich habe Alexej Nawalny immer für unsterblich gehalten«, bekennt sogleich ein Kommentator der Nachrichtenillustrierten *Der Spiegel*, »die kommenden Generationen werden zu ihm aufschauen, nicht zu Putin.« Seine Stellung als Liebling des »Westens« (also dem Washingtoner Militärisch-Industriellen-Politmedialen-Digitalfinanziellen-Komplex, auch genannt »Tiefer Staat« mit Ablegern in London und Brüssel) soll nun seine Witwe Julia Nawalnaja erben. Die tritt bereits mit neoliberaler Kurzhaarfrisur à la Strack-Zimmermann und den mittlerweile üblichen Hollywood-Gewändern zur Welttournee gegen Russland an. Dem toten Nawalny schreibt *der Spiegel* wörtlich eine Art »Messias«-Status zu, setzt seine Person also mit der Wiederauferstehung Jesus Christus' gleich.

**»MUT KANN MAN NAWALNY
NICHT ABSPRECHEN«**

Dabei war der russische Oppositionelle Alexej Nawalny allenfalls oberflächlich nach dem Geschmack des ultra-ambivalenten »Westens« und der Einflussphäre des Tiefen Staates der US-Kriegsorganisation Nato. Nawalny hatte Migranten schonmal »Kakerlaken« genannt, hielt Frauen eher nicht für gleichwertige Menschen und polterte, was das Zeug hielt. Bei seiner Kandidatur zur Moskauer Bürgermeisterwahl im September 2013 erzielte er mit 27 Prozent ein relevantes Ergebnis, kam aber nicht andeutungsweise in die Nähe des Amtsinhabers Sergei Sobjanin, der 51 Prozent der Kreuze auf den Wahlzetteln erhielt. Nawalny sah vor allem westlich-fernsehtauglich aus und konnte wohl gut reden.

Selbstverständlich gilt es aber, dem mutmaßlich Ermordeten auch bei unklaren Umständen die Ehre zu erweisen. Der Autor Reinhard Lauterbach kommentierte in der Tageszeitung *Junge Welt (JW)*: »Alexej Nawalyns Tod am Freitagvormittag kam überraschend, auch wenn seine Anhänger seit langem die Befürchtung geäußert hatte, er werde die 19 Jahre Haft in einer Strafkolonie »strengen Regimes« im Permafrostgebiet des Nordural nicht überleben. Noch am Donnerstag wirkte er bei Gelegenheit einer der Gerichtsverhandlungen über seine zahlreichen Beschwerden gegen die Haftbedingungen, zu der er per Video zugeschaltet war, zumindest geistig noch völlig präsent. Er erlaubte sich sogar Witze.«

Der Moskau-Kenner der *JW* führt weiter aus: »2020 zeigte Nawalny auf einer Flugreise von Sibirien nach Moskau Vergiftungssymptome. Nur weil der Pilot sofort eine Notlandung in der nächsten Großstadt



Sie soll also zur Ikone der US-UK-EU-Kriegsmobilisierung werden: Nach dem Tod ihres Mannes rief Julia Nawalnaja (auf dem Bild) am 16. Februar 2024 auf der 60. Münchner Sicherheitskonferenz unter anderem dazu auf, Putin zur Rechenschaft zu ziehen. Er und seine Verbündeten sollten »bestraft werden für das, was sie unserem Land, meiner Familie und meinem Mann angetan haben« und »wir sollten heute gegen dieses schreckliche Regime in Russland kämpfen.« Putin müsse »persönlich für alle Gräueltaten zur Rechenschaft gezogen werden«. Drei Tage darauf, am 19. Februar 2024, kündigte sie in einer Videobotschaft an, anstelle ihres Mannes in dessen Sinn den politischen Kampf fortsetzen zu wollen. Am selben Tag war sie als Gast beim Außenministerrat der EU-Staaten in Brüssel zugegen. Foto: Belgian Presidency of the Council of the European Union / Julien Nizet / CC / mit Material von Wikipedia

Omsk machte, konnte Nawalny gerettet werden. Danach kurierte er sich mehrere Monate als persönlicher Gast der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel in Berlin aus und produzierte in einem Videostudio im Südschwarzwald seine letzte große Enthüllung über Putins Palast. Bei seiner Rückkehr nach Russland im Januar 2021 wurde er sofort verhaftet und ist seitdem nicht mehr auf freiem Fuß gewesen.« – »Nawalny ist nie davor zurückgeschreckt, auch sein eigenes Leben in die Waagschale zu werfen. Diesen Mut kann man ihm bei aller Distanz zu seinen Auffassungen nicht absprechen.«

In der Folge der Rüstungsmesse in München mit dem Auftaktereignis hieß es sogleich: Die EU-Staaten wollen neue Russland-Sanktionen verhängen. Darauf einigten sich Vertreter der 27 Mitgliedsländer in Brüssel, wie die belgische EU-Ratspräsidentschaft am 21. Februar mitteilte.

**ES GEHT UM DIE
WELTHERRSCHAFT**

Generell sind die tragischen Vorgänge im größeren Zusammenhang zu betrachten. Die Europäische Union soll nach dem Willen weiter Teile Washingtons als eine Art USA-EU-Ableger absolut gesetzt werden, also zum Zentralstaat werden, der

militärisch und ökonomisch »vollintegriert« (Bärbock) gegen Russland steht. Im Zuge dessen sollen Paris und Berlin geschwächt und zugunsten des EU-Nato-Hauptquartiers Brüssel aufgerieben werden. Frankreich mit seinem teilweise Nato-unabhängigen Streitkräftepotential und Berlin mit seinem wirtschaftlichen Potential sollen systematisch geschwächt und von Russland isoliert werden.

Dahinter steht die Washingtoner Absicht, die Weltherrschaft zu erlangen. Wie sonst wäre zu erklären, dass der »Westen« mit dem australischen Journalisten Julian Assange ganz ähnliche oder noch harschere Foltermethoden gegen einen Menschen zu verantworten hat, der nichtmal Politiker ist, sondern lediglich dabei mithalf, Kriegsverbrechen im Zuge der völkerrechtswidrigen US-UK-Aggressionskriege öffentlich zu machen?

Nun kann man gar nicht oft genug festhalten: Diese Zeitung steht nicht prinzipiell auf der Seite Russlands, sondern auf der Seite der Aufklärung und des Friedens, im Grunde auf der Seite »des Menschen« als solchem. Das bedeutet hier, wo wir sind, eher auch auf der Seite der Deutschen zu stehen, die ein großes Interesse an Frieden, Ruhe und allseitiger seriöser ökonomischer, kultureller und politischer Entwicklung haben.

MELDUNG

AUF KRIEG EINSTELLEN

Berlin/NGfP. Der von der Bundeswehr angekündigte »Operationsplan Deutschland« beinhaltet neben militärischen Maßnahmen umfassende Schritte zur Militarisierung der deutschen Gesellschaft. Um im Rahmen der Arbeit an dem »Operationsplan« unter dem Motto »Deutschland. Gemeinsam. Verteidigen« zu diskutieren, lud Ende Januar der Befehlshaber des Territorialen Führungskommandos der Bundeswehr, Generalleutnant André Bodemann, »rund 300« Experten zum »intensivierten Austausch militärischer und ziviler Akteure« nach Berlin. Anwesend waren Vertreter von Politik, Polizei, Technischem Hilfswerk, Feuerwehr, Wissenschaft, Medien und Wirtschaft (insbesondere Energie- und Logistikbranche) und aus verbündeten Staaten. Der Einsatz von Zivilisten und Reservisten soll militärische Potenziale für Operationen im Osten freimachen. Sachsens Innenminister Armin Schuster stellte in Berlin fest, Deutschland habe in Sachen zivil-militärische Zusammenarbeit bei »Waldbrand, Pandemie, Hochwasser« bereits »viel gelernt«; »insbesondere in der Frage der Führung« aber gebe es »keine Erfahrung mit Krieg«. Eine Vertreterin des Bundesinnenministeriums forderte, Deutschland müsse »unverkrampfter« über »Krieg sprechen«. (ale)

»REGELBASIERTE ORDNUNG, MY ASS!«

London/DW. Der EU-Politiker Martin Sonneborn gemahnte in einem Memorandum, dass ein Britisches Bezirksgericht im Januar 2021 die Auslieferung des Journalisten Julian Assange (S. 1, 2, und 7 dieser Ausgabe) an die US-Hegemonialmacht »aus gesundheitlichen Gründen« bereits zurückgewiesen hatte. Erst im Juni 2022 widersprach der Ablehnung der Auslieferung des politischen Gefangenen an die USA ein Hochgericht (High Court) in den USA. Erst daraufhin war es zur aktuellen letztmöglichen Verhandlung für Assange in der ablaufenden Woche gekommen. Neben vielen anderen Punkten wendet der ehemalige Titanic-Chefredakteur pro Assange ein: »Dass ein australischer Publizist außerhalb des US-Staatsgebietes für die von der Pressefreiheit geschützte Veröffentlichung von in öffentlichem Interesse stehendem Material nach einem US-Spionagesgesetz aus dem 1. Weltkrieg in 17 Anklagepunkten straffällig geworden sein soll, ist vollkommen absurd!« Ud weiter: »Die US-Seite möchte den Australier A. nach dem US-Strafgesetzbuch zur Rechenschaft ziehen, besteht aber gleichzeitig darauf, ihm die Schutzrechte aus dem Ersten Verfassungszusatz zu verwehren, da er ja kein US-Bürger sei. Regelbasierte Ordnung, my Ass!« (ale)



Der frühere Chefredakteur der Zeitschrift »Titanic«, Parteigründer der Partei »Die Partei« und deren heutiger EU-Abgeordneter Martin Sonneborn am 21. Februar vor dem Gebäude des Königlichen Hochgerichts in London. Foto: DW-Screenshot von X-Twitter / Sonneborn

Fortsetzung vom Titel | Von Klaus Müller

DW: Diverse Konzernmedien haben Sie bereits vor Jahren heftig attackiert mit dem Ziel, Ihren Ruf zu beschädigen. So schrieb t-online in einem Abgesang über Sie: »Schade um diesen brillanten Rhetoriker«. Lesen Sie derartige Artikel und was machen diese mit Ihnen?

P.H.: Es erfüllt mich mit Dank und ein bisschen Stolz. Nur jemand, der allseits bekannt und erfolgreich ist, bekommt diese Ehre von Verriss und Verleumdung. Als zum Beispiel diese Kampagne startete, war mein letztes Buch »Das Maß ist voll!« gerade auf Platz eins der Spiegel-Bestsellerliste und meine Hallen zu Vorträgen brechend voll. Ja, ich lese das manchmal. Und da ich die Autoren meist kenne, weiß ich auch um deren Motivation: Neid ist die Mehrwertsteuer des Erfolges. Kritik nehme ich gerne an, aber nur, wenn sie sachlich ist und mir hilft, besser zu werden.

DW: Was ist los in unserem Land?

P.H.: Es brennt an allen Ecken. Und die Brandstifter gebärden sich jetzt als Feuerlöscher. Das Schlimmste ist: Die Menschen haben kein Vertrauen mehr. Und sie trauen sich nicht, ihre Meinung zu sagen. Angst ist das Kampfmittel der gegenwärtig Herrschenden.

DW: Die Ampel regiert ganz offensichtlich gegen das das eigene Volk.

P.H.: Zunächst: Die Ampel ist nur das »Sahnehäubchen« auf 16 Jahre verheerende Politik von CDU/CSU. Und was ist mit den Bundesländern, in denen die Union regiert? Dort ist es am schlimmsten mit Ausländerkriminalität, Gewalt, Kumpanei mit Clans und den DITIB-Moscheen, mit Denunziation und dem ganzen Gender-Unsinn. Ja, man regiert gegen das eigene Volk. Aber das lässt sich ja alles gefallen – eine Glanzleistung von Propaganda und Einschüchterung. Doch der Widerstand wächst. Dazu haben Sie mit dem Demokratischen Widerstand entscheidend beigetragen. Ginge es um Verantwortung, dann wären, um es vorsichtig zu sagen, weite Teile unserer Regierungen und Parlamente nicht mehr in Freiheit. Früher trat man wegen eines Einkaufswagen-Chips (Jürgen Möllemann, FDP, im Jahr 1993/Anm. d. Red.) zurück, heute reichen nicht mal Korruption oder tödliche, mörderische Fehlurteilungen in dieser elenden Corona-Zeit.

DW: Sie kritisieren u. a. eine fehlende Aufarbeitung der Corona-Zeit. Wie sehen Sie das, was damals passierte, aus heutiger Sicht?

P.H.: Nicht anders als am ersten Tag (lacht). Als Drostens Chefberater von Merkel wurde, sagte mir dessen Kollege: »Jetzt wissen wir, dass das eine gigantische Verschwörungspraxis ist, denn dieser Selbstdarsteller wird alles mundgerecht für die Regierung liefern.« Noch Fragen? Und der wunderbare Professor Paul Cullen, ein frommer Christ, war als bedeutendster Labormediziner Deutschlands sofort skeptisch und hat die Katastrophe statistisch begleitet. »Plötzlich und unerwartet« ist der Slogan des Jahres.

»DIE MEISTEN LEUTE WACHEN ERST AUF, WENN DIE KASSE LEER IST«

DW: Sie erwähnen im Buch mehrfach Georg Orwell und schreiben, dessen Prophezeiungen werden bedrohlich real. Leben wir noch in einer lebendigen Demokratie?

P.H.: George Orwell hat ja noch unter-

»George C hat noch unte

Das große Interview mit ZDF-Legende Peter Hahne anlässlich

trieben. Jetzt kommt es wie eine Lawine auf uns zu. Nur, dass das Ukraine-Kriegsministerium in Berlin noch nicht Liebesministerium heißt (lacht). Ich zitiere in meinen Büchern den früheren Chef der Londoner BBC: »Nenne mir ein Land, in dem Politik und Medien sich vertragen, und ich sage dir: Das ist keine Demokratie.« Mehr braucht man nicht zu wissen. Aber es ist immer so in der Geschichte, wenn Herrschende ihr Ende fühlen: Man schlägt wild um sich, organisiert große regimetreue Demos und versucht, das Volk mit Verboten in Schach zu halten. Das klappt leider von Söder bis Faeser, von Schwesig bis Wüst. Immer, wenn Opposition verboten und verhindert wird, ist es das Gegenteil von Demokratie. Politiker wie Strauß, Brandt, Genscher oder Kohl rotieren in ihren Gräbern. Soll deren Lebenswerk umsonst gewesen sein?

DW: Apropos: Was halten Sie von den »Demos gegen rechts«?

P.H.: Ich war schon ein paarmal verkleidet dabei (lacht). Ich will ja wissen, was wirklich los ist. Es ist ein Witz und ein Kennzeichen von Autokratie, dass Leute sich freiwillig instrumentalisieren lassen, um für die Regierung zu demonstrieren. Irre! Soviel Masochismus tut weh. Das ist eine Mischung aus Kirchentag und Antifa-Gewalt. Wenn sich dann noch ein CDU-Innenminister in Bautzen vor die wehenden Fahnen der Antifa stellt und sagt »Ihr seid meine besten Verbündeten im Kampf für die Demokratie«, dann ist Hopfen und Malz verloren. In Aachen wurde ein Plakat getragen: »AfDler töten!« Da kommt kein Bischof, kein Ministerpräsident. Wo war da die Polizei? Wo ist der Verfassungsschutz? Der schützt wie auch das Bundesverfassungsgericht schon längst nicht mehr die Verfassung, weshalb er besser »Regierungsschutz« genannt werden sollte. Den AfD-Hassern geht es nicht um Deutschland, sondern nur um Geld und Macht. Teuflisch ist das.

DW: Muss es den Menschen erst viel schlechter ergehen, bis sie begreifen, in welche Richtung sich unser Land entwickelt?

P.H.: Bitte jetzt nicht resignieren und den Mut verlieren! Wir brauchen Hoffnungsträger, keine Bedenkenträger. Mutmacher, keine Panikmacher. Aber Sie haben recht: Die meisten Leute wachen erst auf, wenn die Hütte schon brennt und die Kasse leer ist. Welch ein Zynismus der Herrschenden und der entvölkerten Kirchen zur jetzigen Fastenzeit: Man könne wegen des Klimas und der Ukraine doch mal auf den dritten Urlaub verzichten. Dabei können die Leute noch nicht mal die Klassenfahrt ihrer Kinder bezahlen oder suchen im Müll nach Pflandflaschen (haut auf den Tisch, dass er wackelt). Das macht mich wütend. Nur noch wütend!



Publizist Peter Hahne studierte einst Theologie, Philosophie, Germanistik und moderierte viele Jahre u.a. »Berlin direkt«, »heute« und die nach ihm benannte

DW: Sie schreiben: »Im Gleichschritt und im Blindflug geht's dem Abgrund entgegen.« Fürchten Sie, dass der Schaden, den Vorgänger- und Ampelregierung anrichten, uns in eine tiefe Armut stürzen könnte?

P.H.: Genau das tut es. Ich erhalte von Freunden und Verbündeten, zum Beispiel von der wunderbaren Mittelstandsinitiative Brandenburg, fast täglich SMS-Nachrichten von neuen Pleiten. Der Mittelstand ist besonders betroffen. Das werden wir alle bitter büßen. Unser Lebensstandard ist längst weg. Immer mehr gute Leute wandern aus. Da aber das ganze idiotische Europa betroffen ist, fällt das nur nicht so auf. Apropos Blindflug (lacht): Ich fragte mal Peter Struck (SPD), ob er Merkel als Pilotin vertraue. Antwort: »Aber klar – wenn mir egal ist, wo es hingeht.« Der eine Kanzler hat Banken-Demenz, der andere ist Blackrock-Lobbyist. Tolle Auswahl! Zu stoppen ist das nur durch Wahlen oder endlich mal einen echten Generalstreik. Die Bauern haben da schon vorgelegt.

»WER IM OSTEN AUFGEWACHSEN IST, DURCHSCHAUT DEN SCHWINDEL«

DW: Haben Sie noch Vertrauen in das Parteiensystem?

P.H.: Solange zum Beispiel AfD, Wagenknechts BSW oder die Werteunion nicht verboten werden: ja. Man kann nicht halb Deutschland »verbieten«, nur um seine Macht zu sichern. Aber es gilt, wachsam zu sein. Wehret den Anfängen! Die

Mitteldeutschen, die mich ansprechen, reden ganz offen von Blockparteien, sogar von der sozialistischen Einheitspartei. Wer im Osten aufgewachsen ist, durchschaut den Schwindel. Da hat auch niemand Verantwortung übernommen. Die saßen fröhlich in Wandlitz, schauten Pornos und schlemmten genüsslich westliche Luxuswaren. Heute ist die Parallelgesellschaft mitten unter uns angesiedelt. So blöd ist das Volk geworden.

DW: Sie fordern, die gesetzgebenden Politiker »müssen verpflichtet werden, eins zu eins ihre Wahnideen selbst auszusitzen.« Wie könnte das konkret aussehen?

P.H.: Das ist natürlich zugespitzt, doch wenn man mir eine Maske oder »Impfung« aufzwingen wollte, dann kann ich auch erzwingen, dass kein Politiker seine Kinder mehr auf Eliteschulen schicken darf und er sein ganz persönliches Windrad vor die Tür krieg (lacht). Was meinen Sie, wie schnell sich alles ändern würde, wenn Politiker in den Brennpunkten der Städte wohnen und vom Gehalt einer Aldi-Kassiererin leben müssten? In null Komma nichts wäre der Spuk vorbei.

DW: Haben Sie als erfahrener Medienprofi eine Erklärung für die Gleichschaltung der Presse?

P.H.: Dahinter steckt keine Verschwörung, das tun die ganz von alleine. Man will Haltung zeigen, da stören Fakten nur. Man will auf der Seite des und der Guten stehen. Und

Drwell rtrieben«

n seines neuen *Buches* | Von Klaus Müller



nte Sendung »Peter Hahne«. Foto: privat.

natürlich kommt man dann wie diese sogenannten Journalisten von *Correctiv* auch mal an den Tisch des Kanzlers und darf von seinem Tellerchen essen. Oder man kriegt ein paar Tausender rübergeschoben für Moderationen, die dann natürlich zu Gefälligkeiten führen. Nein, manche Kollegen gefallen sich in dieser Rolle als Regierungssprecher. Das hat schon was, wenn man abends vor dem Einschlafen darüber nachdenkt, wie viele Menschen man heute wieder mit seiner Meinung »glücklich« gemacht hat.

DW: Sie schreiben: »Am besten nehme man von allem, was man hört und sieht, erst mal das Gegenteil an«, dann würde man ungefähr richtig liegen. An anderer Stelle erwähnen Sie die »Lücken-Presse« und die »zufälligen Kunden«, die in der ÖRR-Berichterstattung inzwischen eher die Regel als die Ausnahme sind. Schämen Sie sich für Ihre einstigen Kollegen?

P.H.: Ich habe eine ganze Reihe von Fällen zusammengestellt, die eindeutig beweisen: Gerade bei diesen Straßenumfragen oder den »Arenen«, wo sich Politiker »zufällig ausgesuchten« Bürgern stellen, wird gelogen und betrogen, was das Zeug hält. Dafür kann man sich nur noch schämen. Hier wird das wichtigste Tafelsilber, nämlich Glaubwürdigkeit und Vertrauen, restlos zerstört. Ähnlich wie durch die Politik oder die Institution Kirche. Ich habe noch gelernt, dass es keinen »Missionsjournalismus« geben und man sich mit keiner

Sache gemein machen darf – »auch nicht mit einer guten«, wie mein früherer Kollege Hans Joachim Friedrichs von den *Tages-themen* ergänzte.

DW: Sie sind längst Stammgast in den Alternativmedien, so auch im *Demokratischen Widerstand*. Wie wichtig sind diese in der heutigen Zeit?

P.H.: Ohne die wäre der Alltag trist und trübe und das wichtigste Ziel der Ampelregierung unerfüllt (*lacht laut*): Die fordern doch in ihrem Koalitionsvertrag Diversität und Vielfalt. Also danke ich den Alternativmedien, dass sie genau das liefern. Es wird ja auch »mehr Demokratie« gefordert – und die liefern wir doch. Die stets steigenden Auflagen und Einschaltquoten sind der Beweis: Wir werden mehr, nicht weniger. Und dass man uns den »Regierungsschutz« auf den Hals hetzt, heißt doch: Die haben Panik. Ich bin sehr dankbar für die Arbeit, die Sie tun und dies mit wesentlich weniger Bezahlung als der üppig finanzierte ÖRR.

»DAS AUSLAND STAUNT,
WAS AUS DEUTSCHLAND GEWORDEN IST«

DW: Bitte eine kurze Blattkritik: Was gefällt Ihnen am *Demokratischen Widerstand* und was nicht?

P.H.: Ich finde, besser kann man es nicht machen: Gutes Layout, beste Texte, exzellente Autoren, immer auf neuestem Stand mit guten Argumenten, die einem für Diskussionen helfen. Die Rubriken sind wichtig, weil man dann immer gleich alles finden

kann. Und nicht zuletzt, und das soll jetzt keine Anbiederung sein, sondern Überzeugung: Ihren satirischen Wochenrückblick lese ich immer zuerst. Das brauchen wir generell viel mehr: Mit Augenzwinkern und Humor diesen ganzen Irrsinn entlarven. Das macht den Tag gleich schöner.

DW: Wie viel verrückter kann es noch werden?

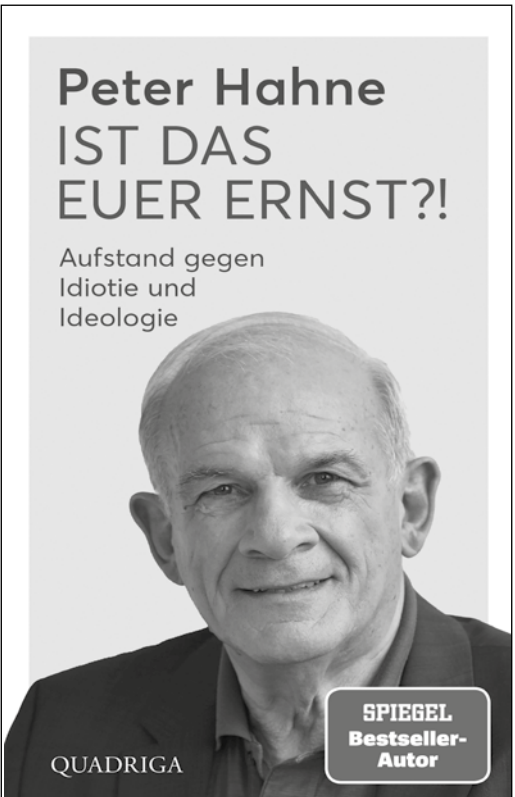
P.H.: Hätten Sie je gedacht, dass eine Regierung wie die CDU in Berlin auf die Idee käme, zu erklären: Ein männlicher Flüchtling, der sich aktuell als Frau versteht, darf nicht abgeschoben werden? Und die Polizei darf jetzt nicht mehr sagen, der Täter war ein Mann – jetzt heißt es: ein männlich gelebter Täter. Wer sich diesen Irrsinn ausdenkt, der hat auch noch weitere Idiotien im Waffenarsenal, die dann richtig teuer werden. Das Ausland staunt, was aus Deutschland geworden ist. Dort werden wir längst nicht mehr bewundert für »Made in Germany«, das war einmal. Wenn Amerikaner früher in Europa unterwegs waren, waren sie begeistert von deutscher Pünktlichkeit, Präzision, Sicherheit und Sauberkeit. Heute vermüllen unsere Städte. Deutschland wird bemitleidet, verspottet und verlacht.

DW: Was stimmt Sie zuversichtlich?

P.H.: Letztlich ist es mein Glaube, dass »Gott im Regimente sitzt«. Er hat die Fäden in der Hand. Der Glaube an Gott hat einst schon Märtyrer wie Dietrich Bonhoeffer oder Graf Gahlen, einen Hellmuth James von Moltke und die Geschwister Scholl nicht verzagen lassen. Das allein kann uns heute helfen. Ich zitiere oft die Nobelpreis-Rede von Alexander Solschenizyn: »Holt Gott zurück in die Politik.« Nicht die Kirche, Kleriker oder diese ganzen Hilfstruppen von Greta, Luisa und wie sie alle heißen. Nein, Gott und die Bibel! Und mich stimmt zuversichtlich, dass es ein Blatt wie den *Demokratischen Widerstand* gibt und Bürger, die sich auf die Straße trauen, die ihre Meinung offen sagen und sich von niemandem einschüchtern lassen. Mutige Menschen, die Nachteile auf sich nehmen, jedoch mit gutem Gewissen in den Spiegel schauen und ihren Enkeln einmal sagen können: Wir haben getan, was wir konnten. Wir haben nicht mitgemacht. Wir haben Haltung und Gesicht gezeigt für die Wahrheit.

DW: Herr Hahne, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Das Interview wird in DW 165 fortgesetzt.



Das neue Werk von Peter Hahne: »Ist das euer Ernst?! – Aufstand gegen Idiotie und Ideologie« (Quadriga Verlag, ISBN: 978-3-86995-141-6, 12 Euro). In DW 165 wird ein Auszug daraus veröffentlicht.



Das Letzte – von Anselm Lenz

**SEHR GEEHRTE DAMEN,
NICHT MINDER GESCHÄTZTE HERREN,
HALLO KINDER!**

»Partisanenkampf« – ein Wort geht um unter den Völkern. Müssen wir in den Abwehrkampf gegen ein terroristisch agierendes Regime, hier nach Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes und allen weiteren ethischen und rechtlichen Erwägungen?

Ein absurd-neofaschistisches Regime zeigt seit den Iden des März 2020 der Welt seine hässlichsten Seiten. Dabei ist das Regime der Corona-Lüge, der Gleichschaltung, des Segregations-, Digitalisierungs- und Maskenwahns, des Spritzengenozids, der Nato-Kriegstreiberei zu Teilen dasjenige, vor dem bereits Dwight Eisenhower 1961 gewarnt hatte: Der Militärisch-Industrielle Komplex, auch genannt »Tiefer Staat«. Dieser hat in den zurückliegenden zweieinhalb Jahrzehnten auch relevante Teile derjenigen »geschluckt«, die einmal in Sachen Analyse und Kritik am lautesten auf die Barrikaden riefen.

Um es noch einmal ganz klassisch »links« auf die Formel zu bringen: Die USA sind in China rettungslos verschuldet, der Dollar ist platt – und zuhause sinkt seit Jahren die Lebenserwartung. Die EU-Halunken sind seit dem Brexit-Volksentscheid schwerst beleidigt und wollen à la Killary in die Schlacht gegen alles und jeden ziehen, sich vor allem aber aus Washington »verabsolutieren« lassen – das geht nach Ansicht der Global-Bourgeoisie nur mit US-Plattformkapitalismus, einem fingierten »Einigungskrieg« plus anti-russisch-chinesischer Ostfront und einem absurden Schrumpfungsdigitalismus, der den Mittelstand liquidiert.

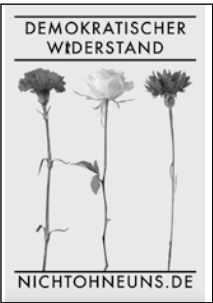
Das analysiere ich seit März 2020 zum Neid meiner »linken« Ex-Freunde, die teils bis heute erhebliche Schwierigkeiten haben, ihre eigene Antwort auf die Agamben'sche Frage auszubaldowern: »An welchem Punkt stehen wir?« (vgl. Texte Lenz 2020-2024, u.a. Apolut.net; vgl. Agamben, Turia & Kant Verlag, Wien 2020)

Nun, wir stehen mit Sicherheit nicht an jenem Punkt, an dem uns Blackrock und der Regenbogen-Kriegsnebel in eine Art demokratischen Kommunismus führen – sondern bestenfalls an der Schwelle zu einer bürgerlichen Revolution, die den Neoliberalismus abstreift, einen wahrhaftigen Liberalismus durchsetzt und die übelsten Verfehlungen des Kapitalismus radikal kappt – das müssten wir allerdings selber besorgen. Aber die Mehrheit hofft, dass das alles nochmal gut wird mit »denen da oben«. Wird es nicht.

Muss man jetzt »Doomsday Preppen«, also Vorräte anlegen, sich legale (!) Waffen besorgen und griffbereit halten, sich im Baumarkt mit Mistgabeln und so weiter eindecken, sich mit den Bauern verbrüdern und Freiwillige Feuerwehren gründen? – Mit Pardon, aber ich meine ganz klar: Ja! – Aber nicht, das wir uns falsch verstehen: Ich mache hier nur weiter sinnvollen Journalismus für den Fünf-Punkte-Plan der Friedens- und Demokratiebewegung (siehe Seite 2 unten links) solange es geht und solange ich lebe.

Grundpositiv, trotz allem guter Dinge,
mit demokratischem Gruß,

Anselm Lenz
Journalist, Verleger, Gründer der neuen Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020



Samstag, 30. März 2024, 15:30 Uhr, Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin – für die ganze Familie und für Frieden und Freiheit: Der Marsch durch Berlin von der Volksbühne bis zum Bundestag mit Kranzniederlegung für die Opfer des Regimes. Bild: DW

PACKT SIE JETZT AUS?

Die SZ-Journalistin Förderl-Schmid ist am Leben und auf dem Weg der Besserung. Nutzt sie die Chance? | BERICHT von Anselm Lenz

Sie konnte nicht mehr: Die bekannte *Mainstream-Journalistin* sprang dem Tod von der Schippe, nachdem die Riege der Gleichgeschalteten auch sie fallengelassen hatte. Entdeckt sie jetzt »den Julian Assange in ihrem Herzen«?

»Die Stimmung war angespannt«, so räsontiert der problembehaftete Medienredakteur der neofaschistischen Kriegslügenpostille »Taz«. Warum? »Da verschmolzen bei der *Süddeutschen Zeitung* (SZ) eine schon länger schwelende Geschichte über die eher ungeschickte und vor allem überdimensionierte Suche nach einem Leck in der eigenen Redaktion (Wirkung) mit Vorwürfen gegen die stellvertretende Chefredakteurin Alexandra Förderl-Schmid (Anlass).«



Plagiatsjäger Stefan Weber gerät jetzt selbst ins Visier. Foto: Oe24.tv

Auf der Suche nach dem »Leck« im langsam aber sicher sinkenden SZ-Schiff hatte es die Österreicherin Alexandra Förderl-Schmid getroffen. Und in der Tat. DW liegen seit längerem Hinweise aus Wiener Quellen vor, denen zufolge die frühere Herausgeberin und Chefredakteurin des *Standards* das Lügen nicht mehr aushielt. Bevor sie gegen die Gleichschaltung im Zuge der Corona-Lüge und der diversen Kriegslügen des Brüsseler EU-Nato-Apparates geordnet an die Öffentlichkeit gehen konnte, wurden ihr zuletzt allerlei Plagiate unterstellt. Absurd, wie DW auf dem Titel von #DW163 bereits klarstellte. »Was ist das für eine Stimmung und Haltung in einem Laden, wenn dort alles in angeblich voller Länge nach draußen gereicht wird? Und der dann mit zu Recht



Sie schwamm im Strom der Propgandalügen mit, so gut sie konnte. Doch dann wurden ihr Spritzen-genozid und Kriegstreiberei einfach zuviel, die Kognitive Dissonanz unaushaltbar: Die Journalistin Alexandra Förderl-Schmid, hier bereits sichtlich gezeichnet bei der teilweise zensierten Wiener Buchmesse 2022. Foto: C.Stadler/Bwag

umstrittenen Aktionen wie dem Massenabgleich von IP-Adressen reagiert?«, moniert sogar der Problemfall von »Taz« mit Schadenfreude. Der BRD-Mainsreamjournalismus ist auf allen Ebenen völlig am Ende.

»WIRKUNG UND ANLASS«

Die SZ hatte auf der Suche nach dem »Leck« im Betrieb die Mailadressen der Journalistinnen und Journalisten durchforstet. Ein illegaler Vorgang, der vorwegnimmt, was das Schweinepack nicht nur bereits tut, sondern im großen Maßstab »durchzuziehen« gedenkt. Es sind Neofaschisten und Kriegstreiber, der absolute Bodensatz der transatlantischen Zivilisationsreste. Förderl-Schmid versuchte am 8. Februar, sich das Leben zu nehmen.

Natürlich nahm auch der nicht vertrauenswürdige »Nius«-Frontmann Julian Reichelt zusammen mit dem vermeintlichen »Plagiatsjäger« Stefan Weber die Journalistin ins Visier: Sie habe im Zusammenhang mit der israelischen Armee eine Angabe von der Tageszeitung *Welt* fast im Wortlaut für die SZ abgeschrieben. – Na, jetzt schlägts aber 13! Sogar der Schrottpostille für Kindfrauen im Öko-Flecktarn-Look, der »Taz«, fällt dabei auf, dass ausgewertetes Agenturmaterial (oder einfach das schnell geklickte Nachschauen auf Infoseiten der Armeen) bei der Wiedergabe in ganzen Sätzen ähnliche Wortlaute erzeugen können – jedenfalls identische Zahlen.

Deutlich wird mit dieser Posse in diesem, faktisch bereits stattfindenden Dritten Weltkrieg, nur eines: Gearbeitet wird mit Chiffren und Drohungen aller Art. Die an der Oberfläche hervorragend angepasste Förderl-Schmid galt bereits kurz nach ihrem Antritt in der SZ-Chefredaktion im Sommer 2020 – dem Jahr der Seuchenlüge – als mögliche »Wackelkandidatin«. Möglicherweise habe sie Reste eines Gewissens, hieß es gegenüber DW bereits Ende 2020. Journalistinnen wie Förderl-Schmid könnten dem ohnehin wackelnden Lügengebäude öffentlich den entscheidende letzten Stein herausziehen, hieß es.

Es bleiben Fragen: War es wirklich ein Selbstmordversuch, der dazu führte, dass Förderl-Schmid am 8. Februar unter den Inn-Brücke im österreichischen Braunau

ihren Leben ein Ende setzen wollte? Aufgefunden wurde sie am 9. Februar.

Die SZ-Redaktion hat ihre Räume in München, dort arbeitete auch Förderl-Schmid. Ist sie wirklich mit ihrem Auto in die Kleinstadt Braunau gefahren, deren wesentliche Bekanntheit (leider) daher rührt, der Geburtsort eines österreichisch-deutschen Putschisten, Kriegstreibers und Völkermörders zu sein? Wieso sollte Förderl-Schmid ausgerechnet

Braunau für ihren Selbstmordversuch auswählen? – Ihr Geburtsort Haslach an der Mühl liegt von der deutschen Grenze aus entgegengesetzt, rund 70 Kilometer von Braunau entfernt. Laut der deutschen Problem gazette »Taz« sollen Gegenstände, die eindeutig Förderl-Schmid zuzuordnen gewesen seien, am Inn gefunden worden sein.

ADIEU IN BRAUNAU?

Schon während ihrer Schulzeit in Rohrbach in Oberösterreich verfasst Alexandra Förderl-Schmid Texte für die heutige *Bezirks Rundschau* sowie die *Oberösterreichischen Nachrichten*. Am Ende ihres Publizistik-, Politikwissenschaft- und Geschichtsstudium beschäftigt sie sich in ihrer Diplomarbeit »Journalismus ist in der Realität ein Männerberuf« mit dem Arbeitsmarkt im oberösterreichischen Medienbereich. Von 1993 bis 2004 ist Förderl-Schmid als Korrespondentin des *Standard* in Berlin tätig. Mit ihrer Dissertation »Vom Monopol zum Markt: zehn Jahre duales Rundfunksystem in Deutschland« erlangt sie 1996 den Dokortitel. »Das weiß das *People*-Heft OK! zu berichten.



Womanizer Julian Reichelt: Weiterhin problem-asozialer Hooligan wie bei »Bild«? Oder nun mit »Nuis« unter die Aufklärer gegangen? Foto: Superbass / CC-BY-SA-4.0

Laut dem Hamburger Klatschheftchens *Stern* soll die Journalistin, die mit dem ehemaligen NTV-Chefredakteur Markus Förderl verheiratet ist, einen Abschiedsbrief verfasst haben, den die 53-Jährige mutmaßlich vor ihrem Verschwinden hinterlassen hat. Erste Verlautbarungen aus dem Propaganda-Sektor sollen nun, nach ihrer Rückkehr nach München, beschwichtigen. Förderl-Schmid erhole sich. Doch die große Frage bleibt: Packt sie aus? Sagt auch sie endlich die Wahrheit über Dollar-Pleite, Covid-Lüge, WHO-Terror-Agenda und Kriegstreiberei des Nato-Apparates? Förderl-Schmid könnte zu allem bereit sein.

Hin Da! KULTURKALENDER

24.02.2024 • Zossen; Restaurant Alter Krug, Hauptstr. 15, 15806 Zossen – OT Kallinchen • VORTRAG • »Das Erlebnis Gesundheit« mit Dr. Stefan Hügel, Mareen Albrecht u.v.m. • 14:00 Uhr – 20:00 Uhr • Anmeldung unter info@alter-krug-kallinchen.de

25.02.2024 • Deutwang-Hohenfels; Café Fuchs und Hase, Schnergerstr. 16, 78355 Deutwang-Hohenfels • LESUNG • »Die unerlaubte Krankheit – Wenn Funk das Leben beeinträchtigt« mit Renate Haidlauf • 15:00 Uhr • Eintritt frei, Spende erwünscht, Anmeldung unter g.u.s.honig@t-online.de

25.02.2024 • Heidelberg; Gesellschaftshaus Pfaffengrund, 69123 Heidelberg • VORTRAG • »Aufbruch zur Vernunft« mit Dr. Kay Klapproth, Beate Bahner, Dr. med. Gunter Frank u. a. • 16:00 Uhr, Einlass ab 15:00 Uhr • Eintritt frei, weitere Infos unter ida-hd.de

25.02.2024 • Rostock; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG • »Zeitenwende« von und mit Ernst Wolff • 17:00 Uhr – 19:00 Uhr • Tickets: 27 € unter krasser.guru

26.02.2024 • Leipzig; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG • »Zeitenwende« von und mit Ernst Wolff • 19:00 Uhr – 21:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 27 € unter krasser.guru

27.02.2024 • Hamburg; Musiksaal, Besenbinderhof 57a, 20097 Hamburg • GESPRÄCH • »Aufstand gegen Idiotie und Idologien: Peter Hahne im Gespräch mit Jens Lehrich • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 25 € unter krasser.guru

27.02.2024 • Weimar; Schiesshaus, Johann-Heinrich-Gentzplatz 1, 99425 Weimar • VORTRAG • »Zeitenwende« von und mit Ernst Wolff • 19:00 Uhr – 21:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 27 € unter krasser.guru

28.02.2024 • Berlin; ACUD Kino, Veteranenstr. 21, 10119 Berlin • FILM/ GESPRÄCH • »ithaka – a father. a family. a fight for justice« OmU • 18:00 Uhr • Tickets: 8 € unter acudkino.de

28.02.2024 • Dresden; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG • »Zeitenwende« von und mit Ernst Wolff • 19:00 Uhr – 21:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 27 € unter krasser.guru

01.03.2024 • Berlin; Marx-Engels-Zentrum, Spielhagenstr. 13, 10585 Berlin • VOIRTRAG / DISKUSSION • »Die Palästinenser sind nicht allein« mit Karin Leukefeld • 19:00 Uhr – 21:00 Uhr • Eintritt: 3 €

02.03.2024 • Neustadt; Adresse wird bekannt gegeben • SYMPOSIUM • »Artikel 146 GG – ein Ausweg aus der Krise« mit Prof. Dr. Ulrike Guérot, Rechtsanwältin Carlos A. Gebauer und Ralph Boes, moderiert von Traumatherapeutin Birgit Assel • 15:30 Uhr – 21:30 Uhr • Tickets: ab 35 € unter krasser.guru

03.03.2024 • Taufkirchen; Kultur und Kongresszentrum, Köglweg 3 82024 Taufkirchen • WORKSHOP • »Achtsamkeit« ein Tag mit Dr. Daniele Ganser • 10:00 Uhr – 17:00 Uhr • Tickets: 180 € unter krasser.guru

04.03.2024 • Ingolstadt; Schloßblände 24, 85049 Ingolstadt • VORTRAG • »Weltfrieden« von Dr. Daniele Ganser • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 29,90 € unter krasser.guru

06.03.2024 • Bad Aibling; Käufer werden vor der Veranstaltung über Details informiert • VORTRAG • »Angst essen Freiheit auf« von Kayvan Soufi-Siavash • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 27 € unter krasser.guru

06.03.2024 • Hannover; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG • »Wie wollen wir in Zukunft miteinander leben?« von Jens Lehrich • 19:30 Uhr – 22:30 Uhr, Einlass ab 18:30 Uhr • Tickets: 25 € unter krasser.guru

07.03.2024 • Hartmannsdorf; Gaststätte Elli Kröbner, Untere Hauptstr. 45, 09232 Hartmannsdorf • DELIKAT ESSEN • »Begegnungen und Impressionen aus Moskau und Wolgograd« russischer Abend mit 3 Gänge Menü • 18:00 Uhr, Einlass ab 17:00 Uhr • Tickets: 33,70 € mit Vorbestellung unter 0172/5687371

07.03.2024 • Berlin; Al Hamra, Raumerstr. 16, 10437 Berlin • KONZERT • Soul, Blues und Pop von Mea Liebe & Band • 19:30 Uhr • Eintritt frei, um Spenden wird gebeten

09.03.2024 • Augsburg; Parktheater im Kurhaus Göggingen, Klausenberg 6, 86199 Augsburg • KONZERT/ BALLETT/ LESUNG • »Klang des Friedens – Stimmen der Freiheit« mit Simone Werner, Raida, Rasmus Schumacher, das Ballettensemble Josipa Stage Company, Prof. Martin Haditsch und Band u.v.m. • 16:00 Uhr • Tickets unter parktheater.eventim-inhouse.de/webshop/webticket/seatmap?eventid=8527&el=true • mehr infos unter freiheitsliebe.org

10.03.2024 • Jüterborg; genauer Ort wird noch bekannt gegeben, 14913 Jüterborg • WORKSHOP • »Die Macht der Propaganda« mit Kayvan Soufi-Siavash • 11:00 Uhr – 18:00 Uhr • Tickets: 180 € unter krasser.guru

11.03.2024 • westlich von Berlin; genauer Ort wird noch bekannt gegeben, 14778 LZ • VORTRAG • »Die Macht der Propaganda« von Kayvan Soufi-Siavash • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:00 • Tickets: 27 € unter krasser.guru

13.03.2024 • München; Muffathalle, Zellstr. 4, 81667 München • VORTRAG • »Demokratie am Abgrund« von Prof. Dr. Rainer Maustfeld • 19:00 Uhr

14.04.2024 • Falkensee; Stadthalle, Scharenbergstr. 15, 14612 Falkensee • SYMPOSIUM • »Wer regiert die Welt?« mit Dirk Pohlmann, Markus Fiedler und Dr. Ulrich Gausmann, Moderation: Marius Krüger • 12:00 Uhr – 19:00 Uhr, Einlass ab 11:00 Uhr • Tickets: ab 26 € unter emma-tickets.de

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an veranstaltung@demokratischer-widerstand.de Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über <https://nichtohneuns.de>

UNSER BITCOIN SPENDEN-QR-CODE ZUM SCANNEN



3FyecLmLurGH59q7DQJLCSdInYndGyEYwI

Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:



DAS ZEITUNGSWUNDER 2020 BIS ...? Die Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* seit 17. April 2020 mit teils über 700.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 25 Millionen in 164. Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N° 163 vom 17. Februar 2022.

JAHRESABO ABSCHLIESSEN: demokratischerwiderstand.de/abo

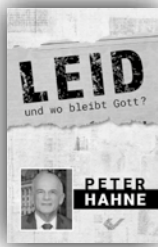
DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



IST DAS EUER ERNST?!
Aufstand gegen Idiotie
und Ideologie

Peter Hahne
QUADRIGA-VERLAG
ISBN: 978-3869951416



LEID.
und wo bleibt Gott?

Peter Hahne
Christliche Verlagsgesellschaft;
1. Edition (14. Februar 2024)
ISBN-13: 978-3863539474



HABE ICH GENUG GETAN?
In memoriam Gunnar Kaiser

Raymond Unger
Europa-Verlag
ISBN: 978-3958906235



DER FALL ULRIKE GUÉROT
Versuch einer öffentlichen
Hinrichtung
Gabriele Gysi (Hg.)

Westend-Verlag
ISBN: 978-3864894503



IM MORAL-GEFÄNGNIS
Spaltung verstehen und überwinden
Michael Andrick

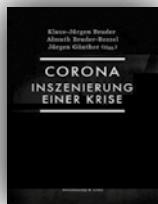
Westend-Verlag
ISBN: 9783864894381



**DAS KONSPIRATIONISTISCHE
MANIFEST.**
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



CHRONIK EINER ABRECHNUNG.
Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE.
Prof. Klaus-Jürgen Bruder,
Prof. Almuth-Bruder Bezzel,
Dr. Jürgen Günther (Hgg.)

Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-5-3



DAS CORONA-ABC:
Von Alarmsismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



DIE CORONA-LITANEI –
Gedichte gegen die verordnete
Verödung des Lebens
Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



**KAISER TV
GEDRUCKT**
KOLUMNE MEDIEN

Von Prof. Michael Meyen

Die Videos von Gunnar Kaiser haben Hundertausende erreicht, und sein Schicksal hat Millionen bewegt. Sein Wegbegleiter Raymond Unger setzt ihm nun ein Denkmal, das die Zeiten überdauern wird.

Diese Kolumne wird langsam zur Werbeecke. Sorry, aber ich kann nicht anders. Das neue Buch von Raymond Unger ist einfach zu gut und zu wichtig. »Habe ich genug getan?«, steht auf dem Cover. Dahinter das vertraute Gesicht von Gunnar Kaiser, Lehrer, Philosoph, Aufklärer, *Bestseller*-Autor. Was wäre aus uns geworden ohne seinen Kanal, ohne diese Stimme, die jeden sofort in ihren Bann zog und mich selbst dann zum Weiterhören zwang, wenn ich den Faden längst verloren hatte? Wer hat nicht mit Gunnar Kaiser gehofft und gebangt, als er über seine Krankheit sprach, und wer hat am Ende nicht getrauert, als der Kampf verloren war? Raymond Unger, der große Autor der

Freiheit, war ganz nah dran, vor 2020 schon, als es bei ihm noch um »Die Wiedergutmacher« ging. Ab da gibt es zu jedem seiner Bücher ein Gespräch auf *Kaiser TV*. Unger, ausgebildeter Therapeut, sah früher als andere, was der Kult um Corona mit dem Interviewer machte, der längst zu einem Freund geworden war und eigentlich ein Co-Autor werden sollte, in einem letzten großen Projekt für den Europa Verlag.

Raymond Unger hat dieses Buch nun alleine geschrieben und das Vermächtnis von Gunnar Kaiser genutzt, um Fragen zu stellen, die weit über ein einzelnes Leben hinausweisen. Was macht der Imperativ der Aufmerksamkeit aus uns? Welchen Preis wollen wir zahlen für eine Wahrheit, zu der auch gehört, dass selbst die besten Argumente bei den allermeisten verpuffen? Wie können und wie wollen wir leben in einer Gesellschaft, die ausgrenzt, diffamiert und in ihren düsteren Versionen alles übertrifft, was die Geschichte kennt?

Bei Raymond Unger führen die Antworten auf den Grund unseres Menschseins. Angst, Schuld, Tod. Er nutzt die Texte von Gunnar Kaiser, um einen ganz eigenen Blick zu werfen auf all das, was uns heute umtreibt, und dabei zugleich eine Erklärung zu liefern für den Aufstieg und das Sterben seines Freundes, die fern ist von jeder Heldenverehrung und gerade deshalb berührt. Das musste ich einfach loswerden.

Michael Meyen, geboren 1967 auf Rügen, ist Diplom-Journalist und Professor für Kommunikationswissenschaft in München.



**DER CHRISTLICHE
GLAUBE**
KOLUMNE CHRISTEN
IM WIDERSTAND

Von Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter

Die zwei Hauptgründe, weshalb viele den Coronaschwindel nicht durchschauten, waren die Anpassung an die herrschende Meinung und die Annahme, dass der Staat gute Absichten habe. Der christliche Glaube ist eigentlich die bestmögliche Impfung gegen diese beiden Krankheiten.

Dass der christliche Glaube der Anpassung und der Sorge um das Ansehen entgegensteht, geht schon aus den berühmten Worten Jesu in der Bergpredigt hervor: »Gehet ein durch die enge Pforte. Denn die Pforte ist weit, und der Weg ist breit, der zur Verdammnis abführt; und ihrer sind viele, die darauf wandeln. Und die Pforte ist eng, und der Weg ist schmal, der zum Leben führt; und wenige sind ihrer, die ihn finden.« (Matthäus 7,13)

Im Johannesevangelium sagt Jesus: »Mich hasst die Welt, denn ich zeuge von ihr, dass ihre Werke böse sind.« (Joh 7,7) Seine Nachfolger warnte Jesus: »Ihr aber seht euch vor! Sie werden euch den Gerichten überantworten, und in

den Synagogen werdet ihr geschlagen werden, und vor Statthalter und Könige werdet ihr geführt werden um meinetwillen, ihnen zum Zeugnis.«

Jesus verhiess den Christen keinen Triumph, sondern er lehrte sie, mit Verfolgung, Beschimpfung und Ausgrenzung zu rechnen. Viele Christen wurden nicht nur als Schwurpler bezeichnet und haben nicht nur ihren Arbeitsplatz verloren, sie nahmen sogar ihre Hinrichtung in Kauf, obwohl sie sich ihr durch einen kleinen Akt der Anbetung des Staates leicht hätten entziehen können. Dass die Kirchen später und auch in der Coronakrise den Staat zu kritisieren versäumten, liegt daran, dass sie mit dem Staat ein Bündnis eingegangen sind.

In der Coronakrise habe ich viele Menschen gesehen, die die Wahrheit über Corona suchten und die sich gegen die herrschende Meinung stellten. Sie kämpften gegen das Unrecht. Sie versuchten, Menschen vor der »Impfung« zu warnen. Dafür wandten sie Zeit und Mühe auf, und dafür nahmen sie Nachteile in Kauf. Sie »schienen als Lichter in der Welt«, so wie Paulus es den Christen in Philippi auftrug (Phil 2,15). Dass der christliche Glaube uns so ein Verhalten aufträgt und nicht auf der Seite der Herrschenden und der Mehrheit steht, ist für mich eine von vielen Bestätigungen seiner Wahrheit.

Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter ist Philosoph und Theologe. Er lebt mit seiner Familie im Fürstentum Liechtenstein. Mehr Infos: www.von-wachter.de



SPORT MIT BERTHOLD
FÜR EINEN
MANNSCHAFTSKAMERADEN



Der Weltmeisterschütze von 1990, beliebte Italien-Fußballlegionär und spätere Trainer Andreas Brehme, hier auf einem Bild aus dem Jahr 2003, geboren am 9. November 1960 in Hamburg, gestorben in der Nacht vom 19. auf 20. Februar 2024 in München. Foto: Dappes/CC

Der Tod Andreas Brehmes hat uns dieser Tage alle sehr beschäftigt. »Plötzlich und unerwartet«, so die Veröffentlichung seiner Lebensgefährtin am Montagmorgen.

Weil mir diese Frage gestellt wird: Ich weiß nicht, ob er »geimpft« war. Wenn ein langjähriger Mitspieler und Freund so jung verstirbt, fühle ich erst einmal Trauer und Schmerz. Danach kommen Gedanken aus der gemeinsamen Zeit auf.

Andreas Brehme hat sein Leben gelebt, er hatte aber schon lange gesundheitliche Probleme, die er selbst zu verantworten hatte. Mehr möchte ich dazu auch nicht sagen. Andreas war ein Mensch, dem man nie böse sein konnte. Seine norddeutsche Herkunft hat damit sicher zu tun. Einen besseren Mannschaftskameraden kann man sich nicht vorstellen. Ich habe solange ich mit dem Fußball zu tun habe, nie einen Spieler gesehen, der beidfüßig so stark war wie Andreas.

Die Menschen werden ihn immer in Verbindung mit dem verwandelten Elfmeter im WM Finale 1990 in Erinnerung haben. Er hatte auch in Italien eine sehr hohe Wertschätzung. Sein Verein Inter Mailand hat am Dienstag im Champions-League-Spiel gegen Atletico Madrid mit Trauerflor gespielt – für Andy Brehme!

Das Jahr 2024 hat nach Franz Beckenbauer, einen weiteren großen Spieler des Weltfußballs verloren. »Rest in peace«, lieber Andreas, ich werde Dich nie vergessen.

»Diese Zeitung wird es noch lange geben!«, so Thomas Berthold. Er ist u. a. Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unab abschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen

Art. 146 Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Die Zeitung des Grundgesetzes kommt im dezenten Umschlag.

BIS ZUM UMFASSENDEN SIEG
ABONNIEREN SIE DIE ZEITUNG DER LIBERALEN OPPOSITION

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom 17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckerzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhängige Zeitung im Jahr 2020 für alle etabliert. Auch 2023 wollen wir wollen wir vermeintlich größere Zeitungen in jeder Hinsicht überholen! Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Zehntausenden einzelnen Spendern und freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! Dazu beliefern wir Zehntausende Einzelabonnenten, die auf dem Laufenden bleiben. Immer 5 Wochen in Folge, dann 1 Woche Druckpause.

Die kommende Ausgabe DW 164 erscheint am Samstag 24. Februar 2024!

SO GEHT ES:

1. Ein Jahresabonnement abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de

2. Ein Quartalsabo abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de
oder

3. Fünf Ausgaben per Postbestellung.

BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 15,- EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse des Unterstützervereines (siehe unten). • Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

| | |
|----------------------|-------|
| NAME | _____ |
| TELEFON • E-MAIL | _____ |
| STRASSE, HAUSNUMMER | _____ |
| POSTLEITZAHL UND ORT | _____ |

DW-Zeitung
Postfach 35 02 16
10211 Berlin